INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Weitere Enthüllungen von unserem VS-Maulwurf!

Nr. 168

7. November 1991

Vorwort:

Nachdem unsere Zeitung in der letzten Woche so viel Aufmerksamkeit in den Medien verursacht hat, haben wir das heutige Titelbild ganz dem Hauptdarsteller gewidmet. Wir möchten uns bei ihm für das Zugeschickte herzlich bedanken und hoffen auch bei anderen Anlässen möglichst schnell informiert zu werden. Da die Herren des VS unser Blättchen eh mit Vorliebe lesen und ihr Informationsfluß anscheinend etwas blockiert ist, finden sie und ihr weitere Auszüge des berliner VS-berichts in dieser Ausgabe.

Autonome Maulwürfe im Verfassungsschutz

Kreuzberger Szene ist bestens informiert, was der Verfassungsschutz von ihr denkt / Innensenator Heckelmann sucht nach »Durchstecher«

Berlin. Fast zwei Jahre hat das Landesamt für Verfassungsschutz an seinem ersten Jahresbericht gearbeitet. Nächste Woche soll das Werk dem Senat vorgelegt werden. Doch noch bevor die Landesregierung sich ein klares Bild über die verfassungsfeindlichen Bestrebungen in der Stadt machen kann, ist der Bericht bereits auf der Gegenseite Gegenstand intensiver Würdigung. Als das Elaborat fertiggestellt wurde, wanderte es nicht nur auf den Schreibtisch von Innensenator Heckelmann, sondern auch in die linksradikalen Kreise Kreuzbergs. Seit ein paar Tagen können Autonome in ihrer Gazette 'Interim' nachlesen, welches Gefährdungspotential von ihnen ausgehe. Mit dem ersten Verfassungsschutzbericht Berlins bekommen sie amtlicherseits bestätigt, was sie schon immer vermuteten. »Die Autonomen entziehen sich jeder nach organisatorischen Einheiten gegliederten Darstellung«, umschreibt der Bericht die Schwierigkeiten der Verfassungsschützer mit ihrem Lieblingsobjekt, um sodann zu der Einsicht zu gelangen, daß die etwa 650 Berliner Anhänger dieser politischen Richtung »eine Grundtendenz zur Ablehnung der Organisation, zur Dezentralisierung, zum Ideologieverzicht, zur Ablehnung von Disziplin, zur Selbstorganisation und eben zur Autonomie« haben.

Bei der Innenverwaltung ist man sichtlich irritiert über diese intimen Einblicke, die die Kreuzberger Szene in die Erkenntnisse des Landesamtes hat. Der Bericht, versicherte die Sprecherin der Innenverwaltung, Martina Ernst, der taz, kursierte in ihrem Haus lediglich auf Leitungsebene. Sie findet es bedenklich, daß in der Innenverwaltung augenscheinlich eine undichte Stelle vorhanden sei, schließt jedoch aus, daß es sich bei dem Informanten der Autonomen um Innensenator Heckelmann oder jemanden aus seiner Leitungsrunde handele. Der Durchstecher wird beim Verfassungsschutz vermutet. Heckelmann hat gestern den Leiter des Amtes, Heinz Annußek, angewiesen, in seinem Haus zu recherchieren, »wie der Bericht an anderweitige Quellen gelangt ist«. Wenn sich dabei sachdienliche Hinweise ergäben, schließt Ernst disziplinarische oder strafrechtliche Konsequenzen nicht aus.

Bei Vertretern der beiden Regierungsfraktionen im Abgeordnetenhaus rief der Vorfall Empörung hervor. Der Vorsitzende des Verfassungsschutzausschusses, Klaus-Hermann Wienhold (CDU), sprach von einem ungeheuerlichen Vorgang, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu Konsequenzen führen müsse. Damit würden sich alle Vorurteile bestätigen, die gegen das Amt bestünden. Es spotte jeder Beschreibung, daß der Geheimdienst nicht dafür Sorge trage, »daß so was nicht zu den Autonomen geht«, denn, »wenn die noch Gegner haben, dann doch die Autonomen«. Wienhold will den Vorgang auf der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Sprache bringen.

Auch seine Stellvertreterin im Ausschußvorsitz, die SPD-Abgeordnete Helga Thomas, fand, das sei »ein dickes Ei«. Es sei ein Zeichen dafür, daß beim Verfassungschutz etwas nicht stimme. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen/Bündnis 90, Renate Künast, verlangte, daß der Bericht nun endlich an die Abgeordneten ausgehändigt werde. Von der Brisanz seines Inhaltes ist sie allerdings nicht überzeugt.

Wir hoffen, daß das Papier "Kritik und Überlegung..." ein Einstieg zur inhaltlichen Debatte über die derzeitige autonome Flüchtlingspolitik liefert. Der Beitrag bietet Ansatzpunkte für eine notwendige Auseinandersetzungen mit unseren eigenen Rassismen, und für eine (selbst-)kritische Aufarbeitung unseres Umgangs mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen. Auch bei uns hat es sofort zu Diskussionen geführt. Dabei ist uns klar, daß die Eigeninitiative und Selbstorganisierung der Flüchtlinge immer im Mittelpunkt stehen muß. Dabei sind wir uns der Tatsache bewußt, daß wir auch in unserer zukünftigen Praxis, sowohl innerhalb wie außerhalb des antirassistischen Zentrums noch genügend Fehler machen werden.
Es ist höchste Zeit, daß es auch aufgrund der Erfahrungen der dahlemer UnterstützerInnengruppe eine selbstkritische und offene Diskussion über das antirassistische Zentrum geben wird. Dies betrifft nicht nur den Umgang mit Flüchtlingen, sondern auch unseren Umgang untereinander. Es fehlt ein gemeinsames politisches Konzept und eine Informationsstruktur in der alle Interessierte die Möglichkeit haben sich einzuklinken, wobei auch der unterschiedliche Alltag berücksichtigt werden muß. Nur so sehen wir die Chance, daß das antirassistische Zentsrum unterstützt und ein längerfristiges Projekt wird.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Fortsetzung des Vorworts auf Seite 2?

Kein Vergessen!

Kein Vergeben!

Die Geschichte des 9. November wird heute als ein Tag der sogenannten Deutschen Revolution in der ehemaligen DDR beschrieben. Vergessen wird, daß die Deutschen an diesem Tag schon einmal "Geschichte" gemacht haben. Der faschistische Terror ab dem 9.November 1938 zur "Reichskristallnacht" ist mit den Angriffen gegen Flüchtlingsheime und den teilweise mörderischen Übergriffen auf ausländische Menschen heute nicht gleichzusetzen.

Es sollte uns aber folgendes bewußt sein: Diese menschenverachtenden Übergriffe geschehen nicht nur von dumpfen, kahlköpfigen Gewalttätern. Dahinter stecken organisierte Faschisten.

Ihre Organisationen, ob Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP), Nationalistische Front (NF) oder Nationale Alternative (NA) organisieren seit Jahren den Terror. Sie und ihre Anhänger treten seit Jahren auch durch Schändungen an jüdischen Friedhöfen hervor.

Sie können jetzt ihren Terror offensiv betreiben, weil ihnen durch die Asyl-Verhinderungsdebatte der Boden dazu bereitet wird.

Dies ist auch nicht neu: Schon 1986, als Politiker eine "Asylantenflut" herbeiredeten, konnten die Neofaschisten offensiver agieren. Über z.B. den SFB wurde von ihnen verkündet, daß ein Zelt, in dem Flüchtlinge untergebracht waren, doch am besten anzuzünden sei.

Damals konnten die SPD-Politiker Brandt und Bahr es als ihren "Erfolg" verbuchen, die Grenze über Berlin-Schönefeld für Flüchtlinge dichtgemacht zu haben.

In diesem Jahr schreiten nicht nur die Neo-Nazis zur Tat.

Der Brandstifter für diese Entwicklung ist immer wieder ein staatlich geschürter Rassismus, begleitet durch eine widerwärtige Medienkampagne - heute: "Wieviel Asylanten verträgt Berlin?".

Die Faschisten können sich als vorzeitige Vollstrecker dieser Absichten und dieser Politik betrachten.

Einer Politik,

- ***die mit dem neuen Ausländergesetz den Status für die hier lebenden ausländischen Menschen noch unsicherer und für viele eine mögliche Abschiebung zur täglichen Furcht gemacht hat;***
- ***die mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegen das kommunale Wahlrecht für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft klargestellt hat, daß diese Verfassung nur Rechte für ein Volk akzeptiert und dies ist deutsch;***
- ***die ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in Münster ermöglicht, mit dem ein Übergangswohnheim für Flüchtlinge abgelehnt wird, weil Anwohnern das "Konfliktpotential", daß Flüchtlinge mit sich brächten, nicht zuzumuten sei;***
- ***die jetzt als sozialdemokratische Errungenschaft vermittelt, daß Flüchtlinge in Sammellagern interniert werden sollen, um sie schnellstens abschieben zu können und dafür doch der Artikel 16 des Grundgesetzes erhalten bleibe.***

Nicht zum ersten Mal versuchen sozialdemokratische Politiker, in solchen Fragen CDU und CSU rechts zu überholen.

Diese Politik ist nicht nur zutiefst unmenschlich, sondern verschleiert die Tatsachen,

- ***daß die Gründe, warum Menschen hierher flüchten, von den hier Herrschenden mit hervorgebracht werden. Den z. B. in der Türkei lebenden Kurden wird ein Leben dort unerträglich gemacht, u.a. auch weil die Bundesrepubklik das NATO-Land Türkei seit über einem Jahrzehnt mit hunderten Mill. DM wirtschaftlich und militärisch unterstützt;***
- ***daß ausländische Menschen nicht für die allgemeine soziale Erniedrigung durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw. verantwortlich sind, sondern die, die über das Geld und die Macht verfügen und deren Handlanger auf den Regierungssitzen.***

Der Bahnhof an der Putlitzbrücke war unter der Nazi-Diktatur ein Ausgangspunkt, über den mehrere Zehntausende von Menschen in die Vernichtungslager abtransportiert wurden. Die heute vorgesehenen Sammellager werden für viele eine Zwischenstation auf dem Weg zurück zu Verfolgung, Folter oder auch Tod sein.

Deshalb :

Keine Abschiebung! Keine Sammellager!
Abschaffung der Sondergesetzgebung!
Gleiches Recht für alle!

Der Bahnhof an der Putlitzbrücke war unter der Nazi-Diktatur ein Ausgangspunkt, über den mehrere Zehntausende von Menschen in die Vernichtungslager abtransportiert wurden. Die heute vorgesehenen Sammellager werden für viele eine Zwischenstation auf dem Weg zurück zu Verfolgung, Folter oder auch Tod sein.

Deshalb :

Keine Abschiebung!
Keine Sammellager!
Abschaffung der Sondergesetzgebung!
Gleiches Recht für alle!

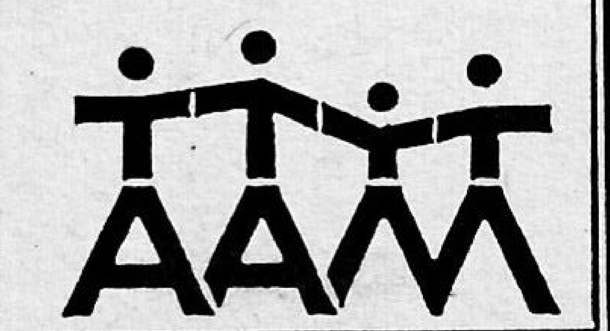
9. November 1938:
"Reichskristallnacht"

9. November 1991
Wir mahnen:

Kranzniederlegung am Mahnmal auf der Putlitzbrücke

Treffpunkt:
Sonnabend, 9. November 1991
11.00 Uhr
U-Bahnhof Turmstraße (bei Hertie)

Antifaschistisches Aktionsbündnis Moabit



Verantwortl. I.S.d.P.: Maximilian Müller, Huttenstr. 15, 1/21

Aufruf zu einer bundesweiten Antifa-Demo am 9.11. 1991 in Halle/Saale

Am 9. November 1938 begann mit der sogenannten "Reichskristallnacht" die systematische Vernichtung jüdischer Menschen in Deutschland und Europa.

Zum 53. Jahrestag dieses Ereignisses wurde in Halle eine mehrstündige NPD-Demonstration mit Kundgebung aus Anlaß des 2. Jahrestages der Öffnung der Grenzen angemeldet und bereits genehmigt.

Im Anmeldeformular gibt die NPD eine Teilnehmerzahl von ca. 400 Personen an. Da die Anmeldung durch den NPD-Landesverband Thüringen erfolgte, ist jedoch mit weitaus stärkerer bundesweiter Mobilisierung zu rechnen. Außerdem haben hallesche Rechtsradikale in großem Maßstab Faschisten aus allen Bundesländern eingeladen. Zu erwarten sind unter anderem NF-Leute und FAP-ler. Die Situation in Halle unterscheidet sich von den meisten anderen ostdeutschen Städten dadurch, daß größere Übergriffe auf AusländerInnen und linke Treffs bisher nicht stattfanden. Das ist nicht zuletzt auf eine starke Gegenwehr von unserer Seite zurückzuführen. Auch faschistische Parteien und Organisationen konnten sich bisher in unserer Stadt (größte Stadt Sachsen/Anhalts, 350 000 Einwohner) nicht etablieren. Das ist einer der Gründe, warum die NPD versucht, in Halle starke Präsenz zu zeigen.

Wir wollen auch weiterhin verhindern, daß Halle zum Aufmarschgebiet faschistischer Gruppierungen wird. Dazu brauchen wir an diesem Tag Eure Hilfe. Laßt uns deshalb phantasievoll und entschlossen gegen Faschismus und Rassismus demonstrieren.

Mit antifaschistischen Grüßen bis zum 9. November in Halle/Saale

Kontakttelefon: 046-21279 (4.-8.11.91)

VORBEREITUNGSTREFFEN – MI 6.9. 19⁰⁰ im KOB

---

wichtig*wichtig*wichtig*wichtig*wichtig*wichtig*wichtig*wichtig*wich

hallo interims,
könnt ihr folgenden wichtigen wortlaut gut platziert in der interim unterbringen?!!!

Langer Samatag:
Zum 9.November ist das Antifainfo-Telefon Berlin von 16 Uhr bis 22 Uhr besetzt(Später wird der Anrufbeantworter öfter abgehört!).
Meldet uns alles, was ihr mitbekommt:
Zusammenrottung von Faschos auf der Straße und deren interne Treffs, Überfälle auf Linke, "AusländerInnen", Lesben, Schwule, Frauen,u.a. und was euch sonst noch so auffällt!!!
Ansonsten ist wie immer der regelmäßig abgehörte Anrufbeantworter (mit aktuellen Infos) geschaltet und wir sind samatags von 18 Uhr bis 21 Uhr live am Apparat!
Tel.: 692 15 99

Revolutionäre Grüße,
das Antifainfo-Telefon

Hanno Klein Nachspiel
Ende August sind die Bullen bei einer Frau auf ihrer Arbeitsstelle aufgetaucht.
Vorwand war eine unklare Meldegeschichte.
Unvermittlelt fragte einer der Bullen, ob die Frau schon von dem Anschlag auf Hanno Klein gehört habe.
Danach noch der freundliche Wink, daß es ja auch eine Belohnung gäbe und daß man sich ja auch anonym melden könne.
Falls euch so etwas ähnliches auch passiert ist, oder ihr von solchen Vorfällen wißt, meldet euch beim Ermittlungsausschuß. Tel.: 6922222; Die. 20.00 - 22.00
Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 1/61

– keine Aussagen –

Lieber EA, auch wir sind ziemlich beschäftigt und ihr könnt nicht "immer" verlangen, daß wir für euch tippen. Also macht dies bitte in Zukunft auch selber wie alle anderen Zusammenhänge!

Mit „Mollis" auf Polaceks Haus:

Wir kommen wieder!

Freitag, 25. 10. 91, Vorbereitungstreffen für NPD-Parteitag in Bursfelde verhindert

Samstag, 26.10. 91, Angriff auf FAP-Schulungstreffen in Mackenrode. Polacek, Heise, usw. machen ungestört weiter. Ausweisungs- und Gerichtstheater sind nur Propagandalügen der herrschenden Politik.

Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren - Nazis aufs Maul

Autonome Antifaschisten und Antifaschistinnen



Freiheitli

FAP

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

MONTAG, 28. OKTOBER 1991

Anschlag auf Polaceks Haus

15 Rechtsextremisten verletzt / Molotowcocktails geworfen

Mackenrode (pid) Rund 40 Vermummte aus der autonomen Szene haben am Sonnabend das Schulungszentrum der rechtsextremen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) in Mackenrode (Kreis Göttingen) unter anderem mit Molotowcocktails angegriffen, während drinnen eine Versammlung von etwa 30 FAP-Anhängern stattfand. Beim Sturm auf das Holzhaus, das zugleich Wohnsitz des niedersächsischen FAP-Landesvorsitzenden Karl Polacek ist, wurden rund 15 Versammlungsteilnehmer verletzt, drei so schwer, daß sie im Göttinger Uni-Klinikum behandelt werden mußten. Einer von ihnen wurde nach Polizeiangaben von einem Stahlmuttergeschoß ins Gesicht getroffen.

Gegen 17 Uhr rückte eine ganze Wagenkolonne voller Vermummter gegen das Haus vor. Die Autonomen bewarfen das mit Stacheldraht verriegelte und mit Tarnnetzen verhängte Schulungszentrum nicht nur mit Pflastersteinen, Gehwegplatten, Flaschen und Krähenfüßen, sondern auch mit Molotowcocktails. Die versammelten Rechtsradikalen konnten die brennenden Geschosse jedoch sofort löschen. Der Angriff der Autonomen geschah so schnell, daß eine Polizeistreife, die in der Nähe Polaceks Haus beobachtete, nichts mehr verhindern konnte.

Der FAP-Landesvorsitzende, der am Freitag seinen 57. Geburtstag feierte, ist im August zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden, weil er eine politische Gegnerin mit einem Axthieb am Kopf verletzt hatte. Der gebürtige Österreicher soll in der nächsten Woche aus Deutschland ausgewiesen werden, doch er hat bereits angekündigt, er werde sich notfalls in seinem Haus verschanzen.

linien

<u>Ablauf</u>

<u>Freitag:</u> Einquartierung.

<u>Sonnabend</u>: 06^{00} Wecken!

07^{00} <u>Heißt Flagge!</u> Morgensport

08^{00} Frühstück.

09^{00} Vortrag: Österreich, ein wichtiger Teil d...

12^{00} Mittagessen

13^{30} Vortrag: Das Wesen der Korruption in der BRD.

Autonome-- Anarchopöbel - Kommunisten und Ausländerbanden die Kettenhunde des BRD-Regi...

15^{30} Teepause.

16^{15} Kurze Lagebesprechung der NsS-Mitglieder. Nicht-Mitglieder machen Wanderung oder sehen Video.

18^{00} Abendessen, anschl. Gesang am Kamin.

23^{00} Gesang und Musik aus.

01^{00} Nachtruhe!

Sonntag: 08^{00} Wecken, anschl. Frühstück - "Letzte Hilfe"

GT, MONTAG, 28. OKTOBER 1991

Demonstranten gegen Verbindungsstudenten

Bursfelde (cho). Glimpflich ging ein Zusammentreffen zwischen Mitgliedern einer studentischen Vertriebenen-Verbindung und Demonstranten in Bursfelde ab. Nach Mitteilung der Polizei, die von der Wirtin einer Bursfelder Gaststätte alarmiert wurde, hatten sich etwa 50 Vermummte mit Schlaggegenständen vor der Gaststätte versammelt, um die Mitglieder der Verbindung, die dem rechten Spektrum zugerechnet wird, zu veranlassen, ihre Versammlung nicht in Bursfelde abzuhalten.

Nach einem Gespräch in der Gastwirtschaft, an dem auch Demonstranten teilnahmen, wurde der Vertrag zwischen der Wirtin und den Veranstaltern aufgelöst. Nach weiteren Angaben der Polizei zogen sich die Demonstranten an den Ortsrand zurück und die sechs Verbindungsstudenten verließen ungehindert Bursfelde. Weitere Versammlungsteilnehmer, die im Laufe des Abends eintrafen wurden unter dem Hinweis, hier finde nichts statt, abgewiesen.

Sachschaden enstand, so der Sprecher der Polizei, durch Farbsprühereien. Außerdem wurde ein Reifen eines Streifenwagens zerstochen.

Kritik und Überlegungen zur autonomen Flüchtlingspolitik und zur TU-Besetzung

Geschichte und Hintergrund

Die Überlegungen und Ansätze zu einer Auseinandersetzung mit Flüchtlingen und Migrantinnen sind innerhalb der autonomen Scene erst seit ein paar Monaten wieder verstärkt angefangen worden. Die Erfahrungen und Ansätze autonomer Flüchtingsarbeit Mitte der achtziger Jahre waren für die wenigsten darin noch präsent und kontinuierliche Arbeit dazu ist nur von einigen geleistet worden. Flüchtlings- und Migrantinnenarbeit war einer der berühmten Teilbereiche die es nach "unserem" Verständnis galt zu entwickeln und zusammenzubringen. Nur wenige Zusammenhänge setzten seit Mitte der achtziger Jahre kontinuierlich die Bedeutung der Migration als wesentlichen Ausgangspunkt sozialer Revolution auf die Tagesordnung. Vor allem aus der ehemaligen Autonomie, heute Materialien für einen neuen Antiimperialismus und von der RZ wurde eine Auseinandersetzung vorangetriebenen , die die Frage Migration- und Flüchtlingsarbeit als strategische Frage formuliert. Sie ist von weiten Teilen einer radikalen Linken nicht aufgegriffen worden.
"Das imperialistische Klassenverhältnis und das Gewaltverhältnis von Männern zu Frauen sind die beiden Ebenen, die die Konfrontationslinien sozialrevolutionärer Politik markieren." "Die imperialistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik fällt mit den Flüchtlingsbewegungen in die Metropole zurück und wird zum Angriffspunkt in der Metropole selbst." "Auch wenn die Flüchtlinge hier in den Lagern und auf dem illegalen Arbeitsmarkt enden, so präsentieren sie doch einen Anspruch auf Überleben und Entschädigung, sie sind Teil des internationalen Klassenkampfs. Sich von einer antiimperialistischen Position her auf sie zu beziehen heißt,...den internationalen Klassenkampf in die Metropolen reinzuholen."(aus Materialien gegen eine imperialistische Flüchtlingspolitik)
"Wir hatten unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik im Herbst 86 als Vorschlag an die gesamte autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD formuliert. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß Antiimperialismus in der Metropole nur konkret werden kann, wenn er sich auf gesellschaftliche Konflikte hier bezieht und sich ins Verhältnis setzt zu einem möglichen Klassensubjekt in der Metropole und gleichzeitig zu den Kämpfen der Massen in den drei Kontinenten. Die politische Entwicklung in diesem Land, insbesondere die Wahlerfolge neofaschistischer Gruppen, haben uns darin bestätigt, daß antiimperialistische Politik in der Metropole nur dann eine Perspektive hat, wenn sie gleichzeitig auch eine Antwort ist auf die sozialen Fragen. Das Herz des Staates ist das Bewußtsein der Unterdrückten - Revolution ist ohne den Kampf um die Köpfe der Menschen nicht denkbar. Wir hatten nie die Illusion, daß Teile der proletarischen Jugend, der Frauen, der Arbeitslosen oder andere Teile der Gesellschaft rasch gemeinsame Interessen mit den Flüchtlingen entwickeln würden, dafür greift der Sexismus und der Rassismus nur zu gut. Antiimperialismus muß aber genau da angesiedelt sein und diesen Knoten zerschlagen" (RZ-Erklärung zu den Anschlägen auf die Oberverwaltungsgerichte in Münster und Düsseldorf)

Kurzzusammengefasst, die Migrantinnen hier sind Ausdruck des Prozesses weltweiter Plünderung und Zerstörung und sind Ausgangspunkt jeglicher internationalistischer Praxis einer radikalen Linken hier in der Metropole. Faktisch waren diese Ansätze aber eher von einem äußerlichen Verhältnis zu den Migrantinnen getragen, als aus einer direkten Auseinandersetzung und Konfrontation mit ihnen. Unter anderem aus dieser Abstraktheit wurde in den Papieren und Diskussionen um revolutionäre Ansatzpunkte in der Metropole die Migrantinnen zum neuen revolutionären Subjekt perse erklärt. Bruchlos wurde damit die Hoffnungen auf Befreiung seitens einer radikalen Linken die sich bisher auf die trikontinentalen Unterklassen bezogen haben auf die Migrantinnen hier in der Metropole verlängert. Der darin liegende rassistische und eurozentristische Kern wird noch zu diskutieren sein. Der "revolutionäre Theorie und Strategiebestimmungsprozess " einer weißen, vornehmlich männlichen Linken. Die letzten 150 Jahre marxistischer Theoriebildung und Praxis sind geprägt von einem Alleinvertretungsanspruch metropolitaner, weißer, männlicher Theoriebildung. Mit dem Anspruch den Schlüssel für die Veränderung der Welt in den Händen zu halten, die alleinige Wahrheit über die richtige revolutionäre Strategie zu besitzen, sind von Europa aus die linken Missionare in die Welt gereist um sie zu interpretieren und zu verändern. Schwarze waren Objekt ihrer Forscherbegierde, dazu geeignet um an ihnen die eigenen Wunschvorstellungen revolutionärer Theroie auszuprobieren.

"Schwarze Selbstorganisation, schwarzer Nationalismus ist keine Reflexion des anti-weißen Rassismus, sondern es ist die Absage an die Annahme bestimmter weißer Organisationen, daß ihre Ablehnung des Rassismus sie gleich an die Spitze unseres schwarzen Kampfes befördert. Es ist eine Absage an Integration. Wir glauben nicht, daß alle Weißen Rassisten sind, aber wir wissen, daß 400 Jahre Kolonialismus und Imperialismus uns unserer Ressourcen und unseres Schicksals beraubt haben. Integration vom Standpunkt der Machtlosigkeit aus bedeutet nicht anderes als Anpassung und Assimilierung an die weiße Gesellschaft und Verlust unserer Würde und Gemeinschaft. Rassismus ist Ausbeutung durch weiße Machtstrukturen. Macht ist keine den Weißen angeborene Sache, sondern entwickelt sich in einem komplexen Strukturgefüge aus Klasse, Rasse, Geschlecht und Hierachie. Unterdrückung ist nicht gleich Ausbeutung. Ideen sind nicht Ideologie, das persönliche ist nicht das politische, aber das politische ist persönlich. In den 90er Jahren müssen wir Bündnisse mit radikalen Weißen Gruppen eingehen. Aber wir können uns keine endlosen Diskussionen leisten darüber,

was Rassismus ist, woher er kam, wann er begann usw. Wir müssen aber zunächst uns selbst organisieren, eigene Strukturen schaffen und eine Ideologie erstellen. Solange das nicht der Fall ist, werden wir uns in endlose Diskussionen verstricken.(Wayne Farah Beitrag auf bundesweiten Kongress der Flüchtlingsgruppen 1989)

Zur aktuellen Situation

Schauen wir uns selbst an, wenn wir den Mut dazu haben, und sehen wir, was mit uns geschieht. Zunächst müssen wir ein unerwartetes Schauspiel über uns ergehen lassen: das Strip-tease unseres Humanismus. Da steht er also ganz nackt da, kein schöner Anblick. Er war nur eine verlogene Ideologie, die ausgeklügelte Rechtfertigung der Plünderung.(Satre, Vorwort zu Fanon - Die Verdammten dieser Erde)

Eingang in die Papiere einer radikalen Linken fanden die Auseinandersetzungen um Rassismus erst an dem Punkt als Schwarze - vor allem Schwarze Frauen - der radikalen Linken hier ihren eigenen Rassismus vor Augen führten

"Zum Alltag einer Ausländerin in der BRD gehört unausweichlich das Erleiden des weißen Rassismus, gekoppelt mit Sexismus. Es wird ihr ständig klargemacht das Land gehört nicht dir... Ihr betrachtet uns als Opfer. Opfer?. Als Opfer will ich nun ganz gewiß nicht gesehen werden, weil ich Angst hätte, ihr würdet mich "retten", mir mitleidug helfen wollen. Wir brauchen nicht euer Mitleid, sondern euere Mit-Betroffenheit...Un d in den Köpfen vieler von euch steht: Warum lassen sie sich nicht scheiden? Ihr werdet es nicht verstehen, nicht akzeptieren, weil ihr sie mit euren eigenen Maßstäben beurteilt bewußt oder unbewußt. Weil ihr keine Ahnung habt, worum es ihr geht,... Vor allem aber: Weil ihr es nicht akzeptieren könnt, daß es viele Wege zur Emanzipation gibt... Was heißt heißt deutsche Frauen? Sie nennen sich unsere Schwaestern... Sie sind unsere Gesprächspartnerinnen, die Mit uns unsere Probleme diskutieren (Haben deutsche Frauen keine Probleme? Warum sind immer wir es die erzählen?)... Sie sind auch die herschenden Frauen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit, ihrer Nationalität, als Mittäterinnen in der Ausbeutung der unterentwickelten Länder der Dritten Welt.

Sie sind uns gegenüber sehr solidarisch, machen auch Kampagnen)mit), um die Unterdrückung der Frau in unseren Ländern zu bekämpfen. Länder, in denen oft der Krieg Alltag ist. Was wißt ihr wirklich von unseren Ländern? Warum seid ihr solidarisch mit uns? Was steckt dahinter?

Schwer allerdings ist es für uns zu ertragen, wenn die weißen Frauen anfangen, uns zu lehren, wie wir unsere Kämpfe führen sollen. Schwierig, wenn sie uns gegenüber - in alter kolonialistischer Art - ihre feministische Theorie durchsetzen woolen. (Vortrag einer Filipina bei einem Treffen von Agisra - AG gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) (Alles hier gesagte betrifft linke Theorie und linkes Verhalten mindest genauso und linke (weiße) Männer noch viel mehr)

Darüberhinaus durch das offenere Auftreten der jugendlichen Migrantinnen die von einer anderen Seite her, der der Militanz den Alleinvertretungsanspruch der Autonomen infragestellten. Und damit ist auch einer der wesentlichen Ausgangspunkte für eine "antirassistische Auseinandersetzung" in der linken benannt. Die Kritik und Konfrontation einer linken mit ihrer eigenen rassistischen Geschichte und die Auseinandersetzung mit der rassistischen, gesellschaftlichen Formierung in Europa. Und das nicht abstrakt, sondern aus der direkten Einforderung seitens der Migrantinnen.

Im letzten Jahr ist die Auseinanndersetzung über Rassimus zum Modethema innerhalb der radikalen Linken geworden. Fast wöchentlich erscheint irgendeine neue oder neuaufgelegte Publikation zu diesem Thema. Rassismus wird dabei als Phänomen diskutierbar gemacht, kurze Abhandlungen über die Geschichte des Rassismus werden geschrieben, vornehmlich von Weißen, anstatt die Texte von Schwarzen zu ihrer Rassistischen Unterdrückung und ihrem antirassistischen Kampf zu lesen. Innerhalb der radikalen Linken begann eine Auseinandersetzung um die zentrale Bedeutung des Rassismus. Beispielhaft sei hier auf das Buch Metropolengedanken und Revolution verwiesen, das im wesentlichen den Stand der Diskussion innerhalb der radikalen Linken widergibt. Verschiedene Punkte bleiben als schaler Beigeschmack in den Diskussionen präsent.

- es wird weiterhin eine ökonomische Erklärungsgrundlage für den Rassismus favorisiert.
- eine Auseinandersetzung über den linken weißen Rassismus und seine Geschichte findet kaum statt oder wird als moralisierend abgetan
- die Kritik und der Kampf der Schwarzen sind innerhalb der Auseinandersetzungen der Linken nicht der zentrale Ausgangspunkt.

Im Verlauf des Frühjahrs gab es erst zaghafte Ansätze in einem breiteren Rahmen zu praktischen Initiativen im anti-rassistischen Bereich. Sie sollen hier nur mehr stichworthaft und sicher auch unvollständig wiedergeben werden. Der Kampf der sowjetischen Jüdinnen um ihr Bleiberecht hier in Berlin wird von Teilen der Scene aufgegriffen - wobei wohl zentral für die Scene war, daß die sowjetischen Jüdinnen die israelische Besatzungspolitik nicht mit unterstützen wollten. Aber schon in der Unterstützerinnengruppe gab es grundsätzlich verschiedene Auffassungen über das Verhältnis zu den sowjetischen Jüdinnen. Die eine Position reklamierte für sich die eigene autonome Identität und daraus zu entwickelnde Aktionen und Forderungen um das Bleiberecht durchzusetzen. Auf der anderen Seite stand die Position, daß der Ausgangspunkt für eine autonome Flüchtlingspolitk der Kampf und die Forderungen der sowjetischen Jüdinnen selbst ist und das es keine Politik gegen oder über die sowjetischen Flüchtlinge hinweg gibt. Breiter getragen wurde die S-Bahn- Aktionen, dahinter stand die Idee über eine kon-

tinuierlichere und längerfristig angelegte Aktion die Stimmung in den S-Bahnen zu verändern und eine breitere Stimmung des Eingreifens bei Übergriffen zu erreichen. Eher kurzfristig organisiert obwohl schon länger auf der Tagesordnung begann dann kurz vor dem 1.7. (möglicher Beginn einer Abschiebewelle) eine eher hektisch angelegte Organisierung, die aber im wesentlichen erst einmal darauf zielte, autonome Strukturen aufzubauen, die bei Abschiebungen alarmiert werden können. Aber schon in dieser Zeit gab es zumindest formuliert die ersten Überlegungen, wie eine Unterbringung von Flüchtlingen, die von Abschiebung bedroht sind gewährleistet werden kann. Aus dem Widerstand der Flüchtlinge sich in die neuen Bundesländer verteilen zu lassen, entstanden dann im Verlauf des Sommers die Aktionen am Waterloo-Ufer. Insgesamt war die Situation gegen Ende des Sommers eher desolat, die Gruppen werkelten vor sich her, es gab keine breitere Debatte um Rassismus und eine anti-rassistische Praxis. Die zeitweisen Bemühungen der Interim über den Abdruck von Hintergrundtexten, die Debatte anzutreiben, sind jedenfalls wahrnehmbar nicht aufgegriffen worden. In dieser Situation entsteht vor dem Eindruck der rassistischen Übergriffe in Hoyerswerda die Adhocorganisierung seitens der Scene. Eine VV wird organisiert, verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, den Flüchtlingen in Hoyerswerda das Angebot gemacht, daß sie nach Berlin kommen können usw. Lang gehegte Träume einer autonomen Flüchtlingsarbeit scheinen Wirklichkeit zu werden, endlich ist der ersehnte reale Kontakt zu Flüchtlingen hergestellt. Das Subjekt ist gefunden; was übergestülpt wird, ist das gesammelte Instrumentarium jahrelang erprobter politischer Praxis. Pressekonferenz, Besetzung, Plenas Demo usw. Schon am Anfang wird von angesprochenen Flüchtings und Migrantinnengruppen Kritik am Autreten und Umgehen mit ihnen deutlich formuliert. Funktionalisierung für das neue politische Kind der Autonomen. Die Kritik wird nicht aufgegriffen, sondern munter weiterpolitisiert. Verwundert wird seit dem immer wieder festgestellt, daß es kaum eine Beteiligung von Migrantinnen gibt. Ein Verständnis das die Auseinandersetzung und Konfrontation mit Migrantinnengruppen, auch eine Bereitschaft zur grundsätzlichen Infragestellung eigener Politikansätze beinhaltet, zerbricht an der Selbstgefälligkeit des metropolitanen Daseins. Soziale Ausweitung wird als Vereinnahmungspolitik unter den eigenen politischen Rahmen verstanden. Daß es in der direkten Auseinandersetzung mit Schwarzen auch um die Reflektion des eigenen Rassismus geht, darum geht, sich selbst als Teil der rassistischen Herrschaft und damit Teil der rassistischen Formierung zu begreifen, führt natürlich nicht zu sofortigen Handlungsfäigkeit. Das setzt voraus den ganzen Prozess als ein Kampfverhältnis zu begreifen, indem der eigene weiße Ausgangspunkt, von der Beteiligung am Herrschaftsverhältnis bestimmt ist. Reale Ansatzpunkte gab es innerhalb der letzten Wochen genügend. Beispielhaft dafür steht die Diskussion um die Kirchenbesetzung. Innerhalb der Migrantinnengruppen gab es den Vorschlag einer Kirchenbesetzung, die von ihnen getragen werden sollte, um die Forderungen der Flüchtlinge aus Hoyerwerda zu unterstützen. Verbunden war das mit der Vorstellung, daß die autonome Koordination parallel eigene Aktionen macht. Mit der Begründung der aktuellen Zwangslage - keine eigenen sicheren Möglichkeiten für die Unterbringung der Flüchtlinge aus Hoyerwerda zuhaben - wurde die Notwendigkeit einer sofortigen Kirchenbesetzung begründet. Erst nach längeren Kontroversen wurde eine Besetzung unter direkter Einbeziehung der Flüchtlinge aus Hoyerswerda verhindert. Eine gründliche Auseinandersetzung mit den Flüchtlingen aus Hoyerswerda um ihre Vorstellungen einer Ausweitung des Konflikts wurde nicht geführt, stattdessen wurden sie permanent mit neuen Vorschlägen für weitere politische Schritte seitens der autonomen Koordination bombadiert. Ohne längere Diskussionen um die politische Bedeutung und Festlegung auf eine Konfrontation mit der Kirche wurde dieser Vorschlag durchgesetzt. Ignoriert wurden dabei die Erfahrungen z.B. der Roma-Unterstützerinnengruppen aus Tübingen oder dem Ruhrgebiet nachzulesen z.B. in der Radi. In dieser Situation - Vorschlag der Migrantinnengruppen - das eigene Vorgehen zu hinterfragen und sich auf eine klarere Auseinandersteztung mit den Migrantinnengruppen einzulassen, gemeinsam das weitere Vorgehen abzusprechen, wurde nicht aufgegriffen. Was und wie da Sachen durchgesetzt wurden, in welchem rassitischen Verhältnis zu den Schwarzen war kein auch nur ansatzweiser Punkt der Auseinandersetzung. Für die Migrantinnengruppen wiederholte sich an diesem Punkt wiedereinmal ihre jahrelange Erfahrung in der Auseinandersetzung mit einer radikalen rassistischen Linken.

Was dann folgte, war der tagtägliche Kleinkrieg mit der Kirche. Eine genauere Aufarbeitung seitens der Koordination steht da wohl noch aus und Mensch fragt sich schon warum beim letzten offenen Plenum u.a. wieder der Vorschlag eines Einbeziehens der Kirchen gemacht wurde ohne die alten Erfahrungen aufzuarbeiten.

Nach langen und nervtötenden Auseinandersetzungen mit der Kirche, etlichen Versuchen der Kirche die Flüchtlinge aus Hoyerswerda nicht als Gesamtgruppe zu akzeptieren, sondern sie entlang ihres Einreisestatus in die BRD zu behandeln, und verschiedenen anderen Initiativen konnte dann erstmal das Bleiberecht der Flüchtlinge durchgesetzt werden. Allerdings unter ihrer Anrechnung auf die von Berlin als Quote aufzunehmenden Flüchtlinge. Das Bedürfnis der Flüchtlinge nicht total getrennt in Heime untergebracht zu werden konnte nicht durchgesetzt werden, offen dabei ist ob und wie es ein Verhalten zu dieser Forderung gibt. Im Lauf der Auseinandersetzung um die Flüchtlinge aus Hoyerswerda - den politischen Druck erhöhen - und aus der Frage, welche materiellen Möglichkeiten gibt es für von der Verteilung in die neuen Bundesländer bedrohten Flüchtlinge hier in Berlin bleiben zu können, entstand laut Koordination die Überlegungen zur Besetzung des TU-Mathegebäudes. Der Vorschlag wurde

nur sehr zögernd aufgegriffen, und andererseits gab es im Vorfeld der Besetzung eine Reihe von Kritiken was das Ziel, die zu gewährleistende Kontinuität und die Bedingungen seitens der TU anging. In dem Zusammenhang wurden auch ausgehend von dem neuen Vorschlag die verschiedenen Migrantinnengruppen angesprochen. Die Treffen mit den Gruppen waren ein Fiasko, weder gab es eine kritische Bestandaufnahme der bisherigen Fehler seitens der Koordination, noch konnte genauer erklärt werden, warum denn die Beteiligung der Migrantinnen notwendig ist, noch wie denn die Grundlage für eine gemeinsame Arbeit aussehen soll. Aus der Aktion am Waterloo - Ufer und dem Fakt das 20 Flüchtlinge hier in Berlin bleiben wollten, spitzte sich für die Koordination die Situation zu. Überlegungen in andere Richtungen, z.B. eine Unterbringung der Flüchtlinge in verschiedenen Wohnungen, wurde nicht diskutiert. Was sich so ganz nebenbei herausstellte war, daß trotz monatelangen Redens um die Verhinderung von Abschiebungen und die Unterbringung von Flüchtlingen bis auf wenige Ausnahmen es keine vorhandene Struktur gab, die auch nur kurzfristig hätte die Unterbringung gewährleisten zu können. Stattdessen wurde dann mit Macht die Zentralisierung und Zuspitzung des Konflikts über die Besetzung der TU gesucht. Die Konsequenzen dieses Schrittes machen sich aktuell in der inneren Zuspitzung der Auseinandersetzungen bemerkbar.

- Während den Versuchen von kontinuierlicher antirassistischer Arbeit im Frühjahr und Sommer war die Zusammensetzung der Gruppen vor allem durch Frauen geprägt. An dem Punkt, wo anscheinend über autonome medienwirksame Highlights kurzfristig Erfolge zu erwarten sind, änderen sich in typisch männlich patriarchal dominierten Stil, die Zusammensetzung und auch die Formen und inneren Strukturen.

- Der alltägliche Kleinkrieg gegen die Kirche ist ersetzt worden über den Kleinkrieg gegen die diversen Unistrukturen. Eine Thematisierung des Rassimus im Bezug auf die Rolle und Funktion der Uni als Instrument von Herrschaftabsicherung und damit auch der Frage des eigenen Involviertseins über das Studidasein wird nicht theamisiert.
- Ist die Zentralisierung und "anscheinende" Zuspitzung von Konflikten wie z.B. die Besetzung die adäquate Strategie Breschen in die rassistische Formierung der Gesellschaft zu schlagen?
- Welche eher dezentraleren Ansätze sind vorstellbar? Welche gesellschaftlichen Gruppen sind an der rassistischen Formierung beteiligt und wie? Welche Bedeutung hat z.B. der ganze kulurelle Markt an diesem Prozess? Die sind doch viel subtiler und picken sich die "exotischen Perlen" heraus um ihr eigenes Leben so angenehm und vielfältig wie möglich zu gestalten. Und wie benutzen wir selber exotische Gerichte, Musik?
Wie begegnen wir einer Kampagne von Diepken, den Grünen, dem Bundesverband der Deutschen Industrie, die unter dem Motto steht: "Wir brauchen die Ausländer".
- Wenn rassistische Formierung von Gesellschaft, Rassismus nicht nur als Instrument von oben und von Herrschaft meint, sondern auch seine Verwurzelung im sozialen Gefüge, welche Vorstellungen und Ansätze gibt es diesen anzuknacken. Und das in der ganzen Differenziertheit von Faschos bis zum grünen Multikultigeschwätz.
Ausgangspunkt für all diese Fragen ist die Auseinandersetzung mit den Migrantinnen selbst. Darin zu kapieren was ihre Erfahrungen sind. Welche Ausgangspunkte sie setzen. Und immer wieder die eigene Verwobenheit ins Herrschaftsverhältnis thematisieren und zum Ausgangspunkt des Handelns zu machen.

FR. 8.11. um 22°°

Konzert gegen den Krieg in Jugoslawien

mit:

SAPIENTI SAT

&

REFUGIES

im

CAFE SUBVERSIV

BRUNNENSTR. 6/7, U-BHF ROSENTHALER PLATZ

إدعموا الانتفاضة ... لا للمفاوضة على [illegible]

FRIEDEN FÜR PALÄSTINA ?

Veranstaltung der Autonomen Palästinagruppe Westberlin

- aktueller Film
- Diskussion:
  Friedenspläne für den Nahen Osten
  Zionistische Siedelungspolitik
  Die Intifada
  Die Politik der PLO
  Die Rolle der islamischen Kräfte

MADRID

10.11.1991 17 Uhr
Falkensteinstr. 46 U-Bahnhof Schlesisches Tor

Amokläuferin eröffnete Feuer am Arbeitsplatz

BENNINGTON, 26. Oktober (AP). Eine amoklaufende Frau hat in einer Batteriefabrik in Bennington im US-Bundesstaat Vermont den Betriebsleiter erschossen und drei weitere leitende Angestellte verletzt. Sie flüchtete danach und wird seither gesucht.

Nach Angaben der Polizei hatte die 30jährige Ingenieurin in dem Betrieb der Eveready Battery Co. zunächst ein kleines Feuer gelegt, dann eine Waffe genommen und sich auf einen Rundgang gemacht, bei dem sie drei Männer und eine Frau anschoß. Einer Meldung der Rundfunkstation WBTN zufolge sagten Belegschaftsmitglieder, die Frau habe andere Beschäftigte unbeachtet gelassen und nur auf leitende Mitarbeiter geschossen.

Der Betriebsleiter John Perryman erhielt einen Kopfschuß und starb während einer Notoperation im Krankenhaus, wie die Polizei berichtete. Der Zustand von zwei der Verletzten wurde von einer Krankenhaussprecherin als ernst bezeichnet, der dritte war nur leicht verletzt. Die Fabrik hat 358 Mitarbeiter.

Am übernächsten Freitag, den 8.11.91, fängt ein Prozeß (in Essen) an, fünf Leute sollten schon in zwei Anläufen (Nov.90, April 91) verknackt werden, wg. "schw. Landfriedensbruch" u.a., bei der Ingrid-Strobl-Demo am 11.2.89. Wenn Einige von Euch auf der Demo waren, erinnern sie sich bestimmt, wie das "damals" war. Fetter Bulleneinsatz bei der Abschlußkundgebung, wohl weil die Demo sehr groß (10 000 Leute) war, Powrig war und ..

Es ist verdammt wichtig, daß diesesmal mehr Leute zum Prozeß kommen als beim letzten Mal. Es kann doch nicht sein, das Ihr uns (mittlerweile) vier vergessen habt. Vier sind wir jetzt, weil die Micha aus GÖ das Einstellungsangebot angenommen hat.

Das beigefügte Infomaterial ist leider unvollständig, aber es könnte Euch vielleicht ein Bißchen helfen bei der Entscheidung, ob Ihr zum Prozeß hinfahrt.

Termine sind: in Essen Amtsgericht, Zweigertstr.52, Saal A 11

jeweils 9 Uhr 15	Freitag, 15.11.91
Freitag, 8.11.91	Dienstag, 19.11.91
Dienstag, 12.11.91	Freitag, 22.11.91.

Eventuell gibt es noch Folgetermine, jeweils Freitags "High Noon"

Pennplätze dürften kein Problem sein, z.B. im Gen-Archiv in Essen, oder Ihr fragt in der Zeche Carl nach.
Ihr könnt *auch in BS im ASTA anrufen, wenn Euch* ***das obige zu unsicher*** *ist*, hinterlaßt Eure TelNummer zum Zurückrufen: **Tel. 0531/ 391 45 55 oder 0531/ 33 78 51.**

Ach so, wichtig: Perso mitbringen !!

Mit solidarischen Grüßen
Eure ProßiGr BS

Prozeßhilfegruppe BS
c/o ASTA der TU
Katharinenstr. 1
33 Braunschweig

" SCHWERTER ZUM FLUGHAFEN " !!!

ein dienstag, herbst 91, flughafen frankfurt/main ..
- 4.o5 uhr: landung einer frachtmaschine aus sao paulo mit vorheriger zwischenlandung in dakar..
- 6.2o uhr: landung einer passagiermaschine aus bangkok..

zwei flugplanauszüge, in denen sich nur beispielhaft der alltägliche weltmarktterror wiederspiegelt.
ob exotische früchte aus den agrarexportplantagen oder elektronikteile aus sogenannten freien produktionszonen, der frachter ist teil einer weltmarktkette, über die billiglohnprofite aus dem senegal oder brasilien abgezogen werden. und ob geschäftsleute oder (sex)touristen, die heimkehrer aus bangkok haben ihren beitrag zur weiteren zurichtung thailands geleistet.

WIR HABEN IN DER NACHT ZUM DIENSTAG, DEM 29.1o.91, BEI GEDERN IN EINER (ANFLUG)FUNKFEUERANLAGE FÜR DEN RHEIN MAIN FLUGHAFEN MEHRERE BRANDSÄTZE GELEGT !!

rein technisch ist der luftverkehr mit solch einer aktion nicht zu "gefährden". das kann zur zeit auch kein ziel sein. gegen eine störung im sinne einer verzögerung des flugplans hätten wir nichts einzuwenden gehabt. setzen wollten wir zumindest ein "symbolisches feuerzeichen" für die suche nach angriffspunkten gegen den flughafen, für den bleibenden anspruch auf sabotierung dieses stützpunktes imperialistisch patriarchaler ausbeutung und zerstörung.

tourismus, vor allem in ferne (trikont)länder, benötigt ein ausgebautes flugnetz. umgekehrt treibt diese wachstumsbranche die ausweitung des luftverkehrs an. und der tourismus hat gleich in mehrfacher hinsicht herrschaftssichernde funktion. er dient der durchdringung der ökonomien, der zurichtung des alltags der menschen im trikont auf die bedürfnisse der touristen. als dienerInnen in hotels, als verkäuferInnen von andenkenkitsch, als prostituierte für die sextouristen.. traditionelle lebenskulturen und einkommensformen werden dabei zerstört.
hier in den metropolen läuft das tourismusgeschäft unter dem motto "grenzenloser, individueller freiheit". mit billigflugangeboten und pauschalreisen werden breite schichten bei der stange gehalten. die kauf"kraft" der DM, "erfolg" der imperialistischen wertraubkette, erlaubt es deutschen urlauberInnen, drei wochen im jahr mal so richtig herrenmensch zu sein. im eigenen land gerade mal"durchschnittsmensch" kann man(n) in fernen ländern kurzfristig das sein, wovon man(n) träumt. alles ist "billig" zu kaufen, bis hin zu frauen und kindern für die perversen sexuellen bedürfnisse deutscher männer. alternative rucksacktouristen, darunter nicht wenige linke, die sich von der politischen erfolglosigkeit im eigenen land erholen wollen, regenerieren sich gleichfalls auf kosten der dort lebenden bevölkerungen. bisweilen trampeln sie erst die spuren, auf denen dann der massentourismus nachfolgt.
der "genuß" rassistisch-sexistischer tourismusstrukturen scheint zum selbstverständlichen metropolenkonsum geworden zu sein.

es ist fast genau zehn jahre her, daß das hüttendorf der startbahngegnerInnen geräumt wurde: sicher eines der markantesten ereignisse, mit denen die erweiterung des rhein main flughafens gegen den widerstand breiter teile der bevölkerung durchgesetzt wurde.
es ist aber weniger dieser jahrestag und seine weitere geschichte, die uns veranlaßt hat, diese aktion durchzuführen. und schon gar nicht wollen wir an neuen/alten mythen des startbahnwiderstandes mitstricken. vielmehr geht es gegen ein vergessen und für eine thematisierung der inhalte, mit denen der flughafen zu recht als militärisch-ökonomischer stützpunkt des imperialistischen gewaltsystems charakterisiert wird.
wir haben anfang dieses jahres erleben können bzw. fast hilflos mitansehen müssen, wie die rhein main air-base als "desert storm north" zur zentralen aufmarschbasis der us-nato-kriegsmaschine gegen den irak wurde. und die"normalität" des flughafenbetriebes ist nicht weniger zerstörerisch:

- fliegende manager und techniker organisieren das weltweite ausbeutungsgefälle.
- touristenströme werden aus- und eingeschleust, die bumsbomber als krönung weißer HERRlichkeit.
- herstellung und vertrieb der weltmarktprodukte -high-tech im besonderen- verlangen ein weltumspannendes umschlagnetz: schnellsttransport als teil, ja als bedingung der produktion . dasselbe gilt für die cashcrops, die nur per luftfracht aus dem trikont herangeschafft werden können und hier der billig-exklusiven metropolenversorgung dienen.
- zwar landen auf rhein main auch viele flüchtlinge und migrantInnen, aber viele von ihnen werden -nach einer mehr oder weniger langen begegnung mit dem alltäglichen (deutschen) metropolenrassismus- über genau denselben flughafen wieder abgeschoben.

gründe genug für uns, den rhein-main flughafen mit seiner stützpunktfunktion im weltweiten ausbeutungsgefüge und seiner zurichtungsfunktion hier in der region prinzipiell abzulehnen und zum ziel einer aktion zu machen.

die funkfeuerlöscher

GO GO

PERFORMENCECLUB

NEUE SCHÖNHAUSER ECKE ROSENTHALER
S-BAHN MAX ENGEL · U8 WEINMEISTER
TÄGL. AB 22/23 H

Mehr Kreativität... oder -
Warum die Scheibe des "GoGo-Performanceclub" in der Neue Schönhauser 9 zu Bruch ging...

Im Gegensatz zu einigen anderen "Künstlern" haben wir es nicht nötig, mit klärenden Worten zu unseren Aktionen hinterm Berg zu halten. Das letzte Betätigungsfeld für eine spontane Performance unsererseits war besagter "GoGo-Club" in der Nacht zu Montag,den 14.10.91.
Wir,das waren drei Frauen und vier Männer, die unbedarfterweise, weil Auswärtige, jenen Laden mit der Absicht betraten, dort gemeinsam noch ein Bier zu trinken.
Einigermaßen überrascht waren wir über den weiteren Verlauf des Abends, da wir den Laden anfangs noch für die BesetzerInnenkneipe der Neuen Schönhauser hielten.
Wir waren die einzigen BesucherInnen, außer zwei Freunden des Typen hinter der Theke, der, wie uns später klar wurde, der alleinige Betreiber des Ladens ist.
Mit den BesetzerInnen jedenfalls hat der Schuppen vordergründig nichts zu tun, sondern ist vielmehr die individuelle Kiste dieses Typen, der zwar im Haus wohnt - und sich selbst als "unpolitisch" bezeichnet. (Dennoch staunen wir über deren Ignoranz den eigenen Räumen gegenüber.)
Denn dieser Typ begann, Super 8 -Filme zu zeigen, obwohl wir dem zunächst kein sonderliches Interesse entgegen brachten. Die ersten beiden Filme waren sog. experimentelle Filme, der dritte ein Porno!
Einige von uns forderten eine Erklärung ein, die mit der billigen Begründung verweigert wurde, daß er "Künstler" sei und dies als seinen "künstlerischen Ausdruck" uns nicht erklären müsse. - O-Ton: "Das ist keine Pornographie und ich als Künstler brauch mich nicht zu erklären", sowie "Das ist mein bester Film!".
Andere verlangten sofort, den Projektor abzuschalten. Auch das verweigerten die drei Typen mit Grinsen, addressiert vor allem an die anwesenden Frauen.
Diese Arroganz wich jedoch alsbald kleinkariertem Denken, da unmittelbar, nachdem wir den Laden verlassen haben, seine "maßgefertigte" Frontscheibe zu Bruch ging. Daraufhin rannten die drei Typen aus dem Laden, es kam zu kurzem Gerangel und die Drohung, die Bullen zu holen (hört,hört!) fiel. Während der Auseinandersetzung richteten sie Sprüche an die Frauen, wie : "Ihr seid doch nur kleine Mädchen, ihr versteht das doch gar nicht.". Durch diese Äußerung sollte wohl die Betroffenheit und Kritikfähigkeit der Frauen in Frage gestellt werden. Hier zeigt sich noch einmal mehr das sexistische Verhalten dieses Typen.
Hinter Pornographie stehen immer Männer - Männer, die sie herstellen, vorführen, Kohle damit machen.
Aus Profitgründen hat dieser Typ den Porno zwar nicht gezeigt, er versteckte sich hinter dem Begriff "Künstlerische Freiheit".
Lassen wir uns durch solche Begründungen nicht verunsichern;
Kunst ist niemals unpolitisch, sie findet in einem bestimmten gesellschaftlichen Rahmen statt.

Pornographie ist Anleitung zu Vergewaltigung und Mord an Frauen!

Wir fordern alle Frauen auf, Ihrer Kreativität im Kampf gegen Pornographie und HERRschaftsstrukturen freien Lauf zu lassen!!!

Einige Autonome KünstlerInnen

betrifft: eure Aufforderung an die Frauen

Es ist wohl eine Bestätigung des patriarchalen Gewaltverhältnisses und eine Leugnung der Mittäterschaft, wenn gemischte Zusammenhänge Forderungen explizit an Frauen richten.

"Kampagne 1992"

Ende September trafen sich etwa 30 Menschen aus verschiedenen Berliner Gruppen, um gemeinsame Aktivitäten in Jahre 1992 zu diskutieren. Anläße dafür gibt es bekanntlich genug: die Vollendung des EG - Binnenmarktes, der damit verbundene Ausbau der "Festung Europa", die UN - Umweltkonferenz in In Rio (Juni), der Weltwirtschaftsgipfel (G - 7 Treffen) im Juli in München und die "Feiern" zum 500. Jahrestag der Eroberung Amerikas. Das Treffen fiel in die Zeit der Vorbereitung der Demonstration in Hoyaswerda, und auch jetzt steht die Mobilisierung gegen rassistische Gewalt im Mittelpunkt der Aktivitäten der meisten Gruppen und politisch Engagierten. Also keine Zeit für Planungen zum Jahre 1992? Immerhin, bei allen Beteiligten war der Wille deutlich, die Treffen fortzusetzen, da das Jahr 1992 auch eine große Chance bietet, gemeinsame Aktivitäten verschiedener Spektren der Bewegung in dieser Stadt zu organisieren. Folgender Vorschlag ist das Ergebnis des letzten Treffens:

- Wir setzen die Koordinationstreffen fort - aber verbunden mit Diskussionsveranstaltungen über Themen eine (möglichen) "Kampagne 1992".
- Wir schlagen vor, im Juni in Berlin Aktionstage durchzuführen. Die Aktionstage sollen lokaler Beitrag und Mobilisierung zu den nationalen Protesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München sein.

Bereits im Oktober dieses Jahres hat es in zahlreichen Städten Aktionstage gegeben, zu denen der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) aufgerufen hatte. Eine erste Auswertung zeigt, daß die Aktionstage dort erfolgreich waren, wo Solidaritätsgruppen nicht isoliert, sondern zusammen mit AusländerInenngruppen und antirassistischen Initiativen agierten. Auch in Berlin wird eine 1992 - Kampagne nur dann Sinn machen, wenn sie die aktuellen Zuspitzungen in der politischen Auseinandersetzungen aufgreifen kann. Wie es weitergehen wird, darüber wollen wir auf zwei Treffen im November diskutieren.

"Vom Mythos der Überbevölkerung"
14. 11. 19.30 Foyer des Mathegbäudes (TU), Straße des 17. Juni
In der aktuellen Diskussion wird das Anwachsen der Bevölkerung in der "Dritten Welt" (Stichwort: "Bevölkerungsexplosion) immer wieder als Hauptursache für Armut und Umweltzerstörung benannt. Statt die Ursachen der Armut zu bekämpfen, zielen die Strategien auf die Dezimierung der Armen - und beschuldigen diese noch, die Urheber der Umweltkatastrophe zu sein. Die Strategien der Bevölkerungspolitik sind die Kehrseite der Abschottung der Länder Europas und der Hetze gegen Flüchtlinge.
Mit Referentinnen: "Berliner Frauen gegen Bevölkerungspolitik"

Koordinationstreffen "Kampagne 1992"
18. 11. 19.30 Haus der Demokratie, Friedrichstraße, direkt am U-Bhf Französische Straße
Raum 111
Hier soll die begonnene Diskussion über Aktionstage oder andere gemeinsame Aktivitäten fortgeführt werden

Weitere Informationen über: FDCL, Thomas Fatheuer, Tel.: W- 693 40 29

Polizei: Linke stören Weltwirtschaftsgipfel

Die Sicherheitsbehörden rechnen offen-
r mit dem Versuch linksextremer Grup-
n. den Weltwirtschaftsgipfel vom 6. bis 8.
li nächsten Jahres in München massiv zu
ören Ein Sprecher des Münchner Polizei-
äsidiums sagte jetzt, in München sei
reits ein Planungsstab gebildet worden,
m entsprechende Vorbereitungen gegen
e Planungen der Linksextremisten zu
effen „Wir werden umfangreiche Siche-
ingsmaßnahmen zum Schutz der Persön-
hkeiten treffen, die am Weltwirtschafts-
pfel teilnehmen", sagte der Sprecher. In
nem Aufruf zum Treffen der Gipfel-Geg-
r am Wochenende in Nürnberg hieß es
eispielsweise, für die „Staatschefs der sie-
en reichen imperialistischen Staaten und
landlanger der Konzerne und Banken"
rerde es in München keine Ruhe geben. ap

Schon Drohung gegen die Großen dieser Welt

tz München „Für die Staatschefs der sieben reichen imperialistischen Staaten und Handlanger der Konzerne und Banken wird es in München keine Ruhe geben." Diese Drohung sprechen heute schon die Gegner des Weltwirtschaftsgipfels aus, der im Juli nächsten Jahres in München über die Bühne geht. Für die Sicherheitsbehörden den Anlaß genug, ebenfalls schon jetzt in „Hab-Acht-Stellung" zu gehen: Ein Planungsstab wurde gebildet, das Treffen der Gipfel-Gegner in Nürnberg an diesem Wochenende wird genau verfolgt.

DIE WELT – Nr. 225 – Donnerstag, 26. September 1991

Szene macht mobil gegen Gipfel

Kampagne gegen IWF- und Weltbank-Kongreß als Vorbild militanter Aktionen

MATTHIAS MLETZKO, München

Seit August sind in der linksextremistischen Szene Bestrebungen „für eine starke Mobilisierung des revolutionären Widerstands gegen den Weltwirtschaftsgipfel 92 in München" erkennbar. In einem Aufruf für ein Ende September geplantes bundesweites Vorbereitungstreffen im militanten Nürnberger Szenetreff „Komm" heißt es in München werde es „keine Ruhe" geben für die „Staatschefs der sieben reichsten imperialistischen Staaten", die sich „als Handlanger der Konzerne und Banken" vom 6. bis 8. 7. 92 „in der High-Tech-Bonzenstadt München" treffen wollen. In dem der Infrastruktur der terroristischen Szene zuzurechnenden „Infoladen München" wurde bereits ein „Arbeitskreis Weltwirtschaftsgipfel" eingerichtet.

Modell für diese Kampagne sind die Störaktionen gegen den Berliner IWF- und Weltbankkongroß im September 1988. Damals kam es schon im Vorfeld dieses Kongresses zu zahlreichen Brandanschlägen und Gewaltaktionen sowie einem flankierenden Mordversuch der RAF an Staatssekretär Tietmeyer. Trotz beträchtlicher bundesweiter Mobilisierung konnte durch den entschlossenen Kurs des Berliner Innensenators Kewenig, der die massive Präsenz von Sicherheitskräften und den effektiven Einsatz polizeilicher Sondereinheiten die Szene in Schach gehalten und der Schaden begrenzt werden.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der jetzigen „Anti-WWG"-Kampagne soll in Einklang mit dem seit Ende 1989 mit dem RAF-Mordanschlag auf Alfred Herrhausen kohärent gebliebenen terroristischen Zielbereich „Großdeutschland". Ein schon vor dem fehlgeschlagenen Moskauer Staatsstreich verfaßtes Diskussionspapier der linksextremistischen Planer macht deutlich, daß insbesondere solche Personen und Institutionen als Zielscheibe möglicher Aktionen und Anschläge anvisiert werden, die „für das großdeutsche Projekt" die „Fühler in Richtung UdSSR" ausstrecken, um dort „die Einführung kapitalistischer Strukturen voranzubringen". Zitiert werden Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter und AEG-Chef Dürr.

Als Perspektive der „WWG-Mobilisierung" sei eine „inhaltliche und praktische Bündelung" der Kräfte bitter vonnöten. Ansätze für eine solche „Bündelung" existieren bereits mit Initiativen zu den Themenbereichen „EG-Binnenmarkt 92" und den bevorstehenden spanischen Feiern zum fünfhundertsten Jahrestag der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus, auf die sich die baskische ETA seit einiger Zeit einschießt.

DEUTSCHLAND IM HERBST: WACHT AUF!

Rassistisches und faschistisches Denken und Handeln hat im heutigen Deutschland wieder eine breite Unterstützung in der Bevölkerung erlangt. Die Bundesregierung und ein großer Teil der Medien führen propagandistisch die Kampagne gegen AsylbewerberInnen, in dem ein Schreckgespenst vom sinkenden Boot Deutschland, durch die angebliche Flut von Flüchtlingen, an die Wand gemalt wird. Gleichzeitig ermorden faschistische Organisationen und von ihnen beeinflußte Gruppen Flüchtlinge und ImmigrantInnen und zünden ihre Unterkünfte an - in dieser Kampagne sind sie der schlagende Arm!
Die Welle der rassistischen Gewalt führt auch zu einer organisatorischen Stärkung der Nazi-Gruppen. Dieses Land befindet sich erst am Anfang einer neu erstarkten faschistischen Massenbewegung, der Terror von Rechts hat erst begonnen.

Verlasst Euch nicht auf die Politiker und ihre Sonntagsreden, glaubt nicht ihren Verharmlosungen. Wer sich der erzeugten rassistischen Stimmung anpasst und die Ursache des Problems in angeblich "zu hohen Flüchtlingszahlen" sucht, bestärkt die Nazis in ihrem ewiggestrigen Denken und legitimiert ihren Rassismus. Es kommt auch auf Deine praktische Initiative an. Auf PolitikerInnen deren einzigste Sorge es ist Wählerstimmen einzufangen, können wir uns nicht verlassen!

Die Menschen sind deshalb für Rassismus und faschistische Ideen anfällig, weil für die meisten im wiedervereinigten Deutschland keine greifbare und brauchbare Alternative sichtbar ist, gemeinsame Interessen solidarisch durchzusetzen. Die Probleme für viele von uns sind der sinkende Lebensstandard, die Mietpreissteigerungen, der Arbeitsplatzabbau und ein Alltag in den Städten und Dörfern, der gegenüber den Interessen der Jugendlichen feindlich eingestellt ist. Die Hilflosigkeit schlägt so in den Hass auf die präsentierten Sündenböcke um, auf die mit menschenverachtender Gewalt getreten wird, während nach Oben gebuckelt wird.

Weit verbreitet, in beiden Teilen Deutschlands sind Obrigkeitshörigkeit, Pflichterfüllung, ein überheblicher deutscher Nationalstolz und die Herrschaft des Mannes in der Familie und auf der Straße - anstatt selbstständig zu denken, sich gemeinsam mit Nachbarn und KollegInnen für eigene soziale Interessen einzusetzen, gegen die Politiker, Konzernherren, Treuhand und Hausbesitzer.

Zusammen können wir unsere Interessen am besten vertreten !

Wir treten für die Gleichheit aller Menschen ein, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht. Wir wissen, daß wir nur zusammen eine bessere Zukunft erreichen können. Der Krieg aller gegen alle auf den Straßen, am Arbeitsplatz und die Konkurrenz untereinander, nützen uns gar nichts.Der Rassismus und die steigende Zahl von zunehmend auch rassistisch motivierten Vergewaltigungen von Frauen, sind Ausdruck der Zersplitterung und Isolation der Menschen im Interesse der Herrschaft.

Weil die Regierenden in Deutschland die Unzufriedenheit vieler Menschen von sich selbst ablenken wollen, haben sie die Faschisten propagandistisch unterstützt, hat die Polizei in Hoyerswerda das Pogrom zugelassen und die Flüchtlinge aus der Stadt deportiert.

Doch die Faschisten sind eine politische Kraft, die sich damit nicht begnügen werden. Sie haben jedem lebendigen und denkenden Leben den Krieg erklärt. Als schwächstes, weil isoliertestes, Glied der Gesellschaft werden Flüchtlinge und ImmigrantInnen ermordet. Im Visier der Faschisten stehen auch Jugendliche, die sich nicht den Nazis anpassen wollen, sowie Linke, eigenständig handelnde Frauen, Homosexuelle, behinderte Menschen, Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen und letzendlich jede noch verbliebene demokratische Struktur der Gesellschaft.

Für die Nazis ist es ein Krieg, der mit menschenverachtender Gewalt geführt wird, um erneut zur Macht zu gelangen. Wir wissen, daß die Faschisten, egal ob 'Republikaner', 'Deutsche Volksunion' oder die offen als 'Nationalsozialisten' auftretenden Terrorgruppen keine Lösung für die drängenden Probleme der Menschen haben. Nach ihrer letzten Herrschaft lag Europa in Trümmern mit 60 Millionen Toten auf den Schlachtfeldern und über 6 Millionen vergasten Menschen in deutschen Konzentrationslagern.

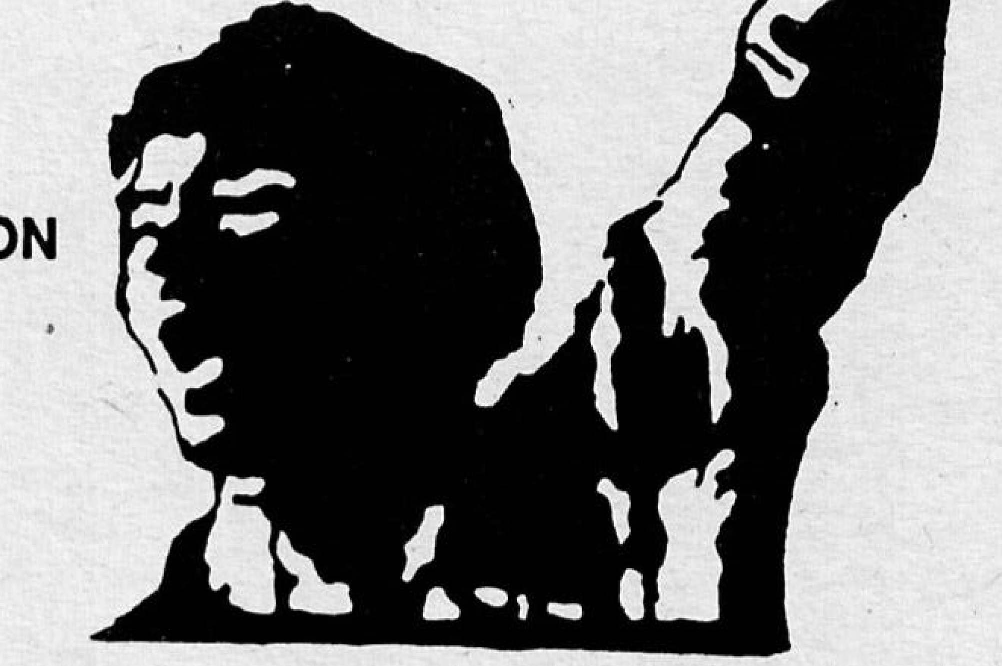
Schaut nicht länger weg - Wehrt Euch - Greift ein

Gegen die Gewalt der Faschisten, ob in Form von Propaganda, Wahlkampfauftritten, Organisierung oder direkten Angriffen müssen wir uns selbst verteidigen.
Wir wollen eine Gesellschaft ohne Gewalt, deshalb wollen wir es nicht zulassen, daß sich rassistische und faschistische Gewalt ausbreitet und die Menschen einschüchtert. Heute ist dort die Gewalt am ungehemmtesten, die Zahl ihrer Opfer am größten, wo zu wenig direkte Gegenwehr entwickelt worden ist und die Nazis sich ungestört organisieren konnten.

Gegen faschistische und rassistische Gewalt, die antifaschistische Selbsthilfe organisieren !

Unterstützt die Flüchtlinge und ImmigrantInnen ! Keine Sammellager !

Für eine Welt der offenen Grenzen und Bleiberecht für Alle !





ANTIFA - INFO - TELEFON
Sa. 16 - 22 Uhr
(sonst Anrufbeantworter)
Berlin - West
692 15 99

Es liegt an Dir - es ist das Land aller Menschen, die hier leben - es geht uns alle an !

Antifaschistischer Widerstand kostet auch Geld. Unterstützt die Menschen, die sich aktiv gegen Rassismus und Faschismus wehren. Wir brauchen dringend jede materielle Unterstützung !
- Für antifaschistische und antirassistische Öffentlichkeitsarbeit
- Zur Unterstützung von Menschen, die wegen antifaschistischer Selbsthilfe angeklagt und vom Staat kriminalisiert werden.
- Zur Unterstützung von Flüchtlingen und antirassistischen Initiativen.

Wir werden auch von antifaschistischen Initiativen aus Großbritannien und Schweden unterstützt. Die antifaschistische Zeitung Searchlight und Antifascist Action, sowie Stoppa Rasismen aus Schweden haben bisher schon 2.920 DM gespendet. (Stand 31.10.91)
Spenden und Nachfragen bitte schriftlich an: Antifaschistisches Info-Blatt, Gneisenaustr.2a, 1000 Berlin 61

Unabhängige Antifa-Gruppen Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 1/61

ALLEIN machen sie Dich ein !!!
SOLIDARITÄT ist eine Waffe!

Schwierigkeiten mit dem KollektivisMUß

1980 las ich in der Presse Linksextremisten organisieren eine Kampagne gegen die Justiz. Mein politisches Kollektiv die Knastgruppe löste sich nach einigen Polzeiaktionen auf. Da gegen mich kein Tatvorwurf zur Sache möglich war, wurde einer konstruiert! Erst 1983 konnte ich nach 3 Jahren im Prozeß die uneidliche Falschaussage eines Beamten der MEK(Mobile Zivileinheit) nachweisen und bekam einen Freispruch.

1981, 22.9. der Todestag von Rattay- erfahre ich vom selbstMord meines Freundes Günther. Er suchte nach Jahren Knast in Nürnberg wieder Anschluß in der Berliner Hausbesetzerszene Er wurde von vielen durch seine äußere Erscheinung, Halbglatze, als Spitzel eingeschätzt. Auch von unserer gemeinsamen Bekannten, zu der er in die WG zog.
Er beendete sein Leben mit einem Elektroföhn in der WG-Badewanne.

1984 Das Restkollektiv des Infobuchladens im Kuckuck ("Hausbesetzerzentrale")-den ich 1981 alleine gründete und wir zum Infoladenprototyp entwickelten und damit auch die Idee des Papiertigers - steht im Widerspruch zu mir und meinem ca. 50-köpfigen Hauskollektiv und löst ohne Absprache kurz vor der drohenden Hausräumung den Laden auf. Ich treibe zwecks notwendiger Öffentlichkeitsarbeit gegen Räumung für und mit dem Hauskollektiv den Laden weiter. Es wird erst ein halbes Jahr später geräumt, die Kuckucksleute können die Zukunft des SO 36 in der Oranienstr dafür mitbestimmen.
In der Presse steht, der tatsächliche Betreiber des Infobuchladens sei bekannt, im juristischen Sinne aber nicht. Also folgt nach der Räumung die Schlagzeile, Linksextremisten finanzieren sich über Raubdruckverkauf.
Diepgen droht der Bauschmiergeldskandal den Kopf zu kosten, der ehemalige Bundesverfassunsgerichtsvorsitzende Benda steht als Nachfolger bereit. Wie bei Diepgen ermittelt das Referat Wirtschaftsverbrechen gegen mich - als Rädelsführer der Raubdruckerszene. Nach 3-monatiger Observation durch die Sonderkommission Lietze, welche eigentlich den Schmiergeldskandal lösen sollte, werde ich mit ca. 30 anderen als deren Rädelsführer festgenommen. Diepgen bleibt Regierender. Der Staatsanwalt fordert für alle bis auf mich Freispruch. Mich will er finanziell hoch schädigen um meine Aktivitäten zu stoppen.

4.Nov. 85 Gerade noch dem Knast entkommen, mit der Gewißheit illegal nicht leben zu können, gründen wir den Kopierladen M99 (der maoistischen Guerilla M19 nachempfunden). Schnell bleib ich mit meinem klaren Konzept übrig. Es wird sich freundschaftlich geeinigt das ausgeschiedene Restkollektiv arbeitet teilweide jahrelang in Teilbereichen weiter mit.

1988 - Galt ich als Rädelsführer der Mauerflucht von ca. 200 Leuten des Kubat/Lennedreiecks(am Potsdamer Platz) von West- nach Ostberlin. Das Platzkollektiv war danach aufgelöst!
Ich hatte Angst, fühlte mich isoliert, war nach mittlerweile fast 30 Durchsuchungen enttäuscht von meinen erfahrenen kollektiven Zusammenhängen. Ich ahnte die nächste Durchsuchung , das nächste fingierte Strafverfahren, wollte mich umbringen. Ich schrieb es ins Vorwort der von mir erstellten Dokumentation zum Kubatdreieck, daß ich vor Repressionsangst lebensbedrohliche Erstickungsanfälle bekam. Es war der Beginn einer ca. 1-jährigen Psychose.
Das Umbringen klappte nicht. Für mich als Kletterspezialisten war es unmöglich auf die Kirche am Lausitzerplatz zu steigen um runterzuspringen(... Vorwortende)

Wochen später hatte ich prompt ein fingiertes Strafverfahren. Ich soll 4 Polizeibeamte verletzt und einem die Pistole geklaut haben. Kurz vom IWF in Berlin werde ich von ca 20 Zivilen vor dutzenden Schaulustigen am Mehringhof festgenommen. Die Zivilen drohen mich fertig zu machen wenn ich frei rum laufe und mich für Jahre mit ihren (Falsch)aussagen in den Knast zu bringen. Einmal Mitternachts und am darauffolgenden Mittag durchsuchen Polizeihundertschaften den Kopierladen M99.
Ich spürte allein machen sie Dich ein. Ich versuchte nun den Kopierladen mit ähnlich eingestellten und geschädigten vom Kubatdreieck zu kollektivieren. Der Konsens sollte sein. Sich notfalls geringst zu entlohnen und auch persönlich umeinander zu kümmern. Entgegen unserer Erfahrenen Umgangspraxis in unserer Szene wollten wir uns nicht nur für's politisch wichtige funktionalisieren.
Nach einem halben Jahr,- das Kollektiv vergrößerte sich ständig-fühlte ich keinen Rückhalt im Kollektiv mehr. Einige zogen sich zurück das Funktionieren des Ladens wurde immer wichtiger.
Ich hatte einen Schauprozeß mit ca. 2-3 Jahren Knast zu erwarten. Mein persönliches Defizit mit Liebesbeziehungen auszugleichen endete in Depressionen und Angst vor der Realität. Ich kam in meinen 5. Depressionsrausch ... und Kirchenbesuch am Lausitzerpl. Ich kann mich an nichts erinnern, 6 Wochen lag ich fast tot auf der Intensivstation, auch der Staatsschutz dessen Schauprozeß ich offensichtlich weggestürtzt war konnte keinen Selbstmord ermitteln. Januar 90 inzwischen durch einen rätselhaften Sturz querschnittgelähmt und rollstuhlgebunden wird das Verfahren wegen mangelnden öffentlichen Interesses und vermutete Haft- und Verhandlungsunfähigkeit eingestellt.
Sommer 91 mein Kollektiv besucht mich kaum noch. Im Juni 90 bringt sich Schotter, welcher sich als Ersatz für mich zum Geschäftsführer des Kopierladens hat funktionalisieren lassen, durch einen obskuren Fenstersturz ums Leben. Er forderte immer wieder Rückhalt im Kollektiv. Er lief aber 2 Wochennach einem Stoneskonzert am Potsdamerplatz , mit einem Spleen wirr von seiner Wiedergebutssuche vor sich herfaselnd suchend, isoliert, unbeachtet durch Kreuzberg 36
Die Planung meiner Rückkehr steht an. Ich bin nun fast 1 Jahr in KrankenhausAnstaltsgewahrsam! Plötzlich wird vom Staatsschutz der noch wegen meines "Sturzes" ermittelt eine Person versucht zwangsvorzuladen. Dies gilt Teilen,des sich neu entwickelten Ladenkollektivs,als Indiz für meine Aussagebereitschaft. Ich sehe durch Schotters Tod keinen perspektivischen persönlichen Rückhalt und Vertrauen in die für mich sich neu entwickelte Ladengruppe. Statt im Pflegeheim oder fürsorglicher elterlicher Obhut zu enden will ich wieder wie seit 85 im Laden wohnen und arbeiten, mit denen die noch mit mir mögen. Der Staatsschutz hat richtig gespielt. Teile der Gruppe entlarven in mir den Verräter. Entgegen den Absprachen beim Kollektivtreffen im Aug. 90, folgen Ladenbestandsentnahmen und nichtbezahlte Rechnungen von ca 30000DM. Ich beginne den Laden alleine im Rollstuhl.
Okt 91 Ich betreibe inzwischen den Kopierladen M99 seit einem Jahr noch alleine. Der Laden gilt als Kontaktadresse für Ayhan Öztürk, der nach 2 Wochen Prozeß freigesprochen wird. Er hatte in der S-Bahn bei einem Überfall durch ca. 6 vermummte Deutsche inzwischen rechtlich anerkannt den Republikaner Rene Gruber in Notwehr erstochen.
Nach 2 Brandstiftungen im Nov. 90 erhalte ich nun wieder einen Drohbrief, 2 Drohanrufe und am 15.10.91 in der Berliner Morgenpost einen Zeitungsartikel, der mir durch frühere Erfahrungen klarmacht ich werde wieder durchsucht. Der Vorwand bietet sich schnell. Radikal 144 allein in der M99 gesucht wird gefunden.

1.11.91 Die Durchsuchung
Nach meinem morgendlichen querschnittlähmungsbedingten inzwischen obligatorischen Arztbesuch, rolle ich zum nächsten Polizeirevier. Dort überreiche ich den Drohbrief den ich als Kontaktadresse von Ayhan Öztürk, den Kopierladen M99, erhielt. Nach meinem freiwilligen Polizeibesuch kommt kurz nach der Ladenöffnung um ca. 10 Uhr die Polizei in Zivil nun zu mir. Diesmal die aus Wiesbaden BKA, erst zu zweit und als der Laden leer genug erscheint kommen noch weitere zivile KollegInnen
Bis ca. 13Uhr 30 wird für zum über 30igsten Male in den letzten 12 Jahren durchsucht. Offiziell wegen der Radikal Nr.144.
Tatsächlich wird versucht Blatt für Blatt
Zitat "Weil die Radikal auch in andere Umschläge verpackt vertrieben werden soll"
und Rechnung für Rechnung
Zitat " Um den Lieferweg nachvollziehen zu können"
durchzusehen. Viel Arbeit bei 4 Zimmern und ca. 30 Kisten.
Da die zivilen BeamtInnen mangels greifbarem Ladenschlüssel, den Laden nur mit einer Vorhängekette schließen konnten, war es mir die 3 Stunden immer wieder möglich die vergeblich um Eintritt bemühte "Kundschaft" über die Durchsuchungsmaßnahmen zu unterrichten. Trotzalledem, gab es keinen Menschenauflauf, so daß die Drohung der "Zivilen" Zitat "Wenn draußen mehr los ist, dann gibt's eben mehr Grün vor Ort" nicht eintrat.
So konnte also in aller Ruhe jede scheinbar interessante Ecke/ Regalständer etc. fotografiert werden
Beschlagnahmt wurden:

77 Interims Nr.167, Zitat "Weil sie aktuelle Selbstbezichtigungserklärungen beinhaltet"
nicht die Interim 166 mit dem Verfassungsschutzbericht
1 Blatt aus dem Interimordner für nichtveröffentlichtes "Gegendarstellung Lokal Auerbach"
Funkunterlagen zum Mai 91 und Mainzerstr.Räumung
4 Broschüren Praktiken des Hamburger Verfassungsschutz 1981
ca. 25 Radikal 144 Teil 1+2
22 Radikal 143
ca. 50 Radikal aufkleber
9 x Zusammenkämpfen Nr. 12 ,Aug. 90

Vieles andere interessierte sie überraschenderweise nicht.
Auf meine Nachfrage welche Radikalnr. nicht und welche doch ausliegen darf, da ich nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs durch meinen Buchhändlerstatus dazu berechtigt sei, bis ich vom Verbot unterrichtet würde. Die BeamtInnen stellten denn fest, v verboten seit der 134 erst wieder 142-144. Das heißt die 136+ 138 wurde im Laden gelassen und darf weiter "offiziell" ausliegen.
Weil Freitag In Baden-Württemberg der Feiertag "Allerheiligen" war, gab es keine vorbereitete Presserklärung des BKA für die S Samstagspresse. Die Taz erfuhr es Freitag nur durch eine Faxsendung aus der M99 und veröffentlichte es deshalb als einzige Tageszeitung bereits Samstag

Wieder fühlte ich mich isoliert. Die sich in einem Jahr entwickelte
Bezugsgruppe funktionierte plötzlich nicht mehr. Für mich über-
raschend kamen 5er und 10er Gruppen zum Klauen(200-300DM tägl) und
nutzten es dreist wenn ich sie zur Rede stellte ,daß ich im
Rollstuhl saß. Solidarität ist eine Waffe. So bereitete ich mich
nicht auf die Durchsuchung vor,sondern sorgte mich um mein
finanzielles Überleben und baute in einer Woche mit nur 2-3Std.
tägl. Schlaf den Laden klausicherer um. Ich alleine, alle andern
weg in Urlaub, krank etc. .. mit sich selbst beschäftigt.
So kommt es am 1.11.91 zur "erfolgreichen" Durchsuchung

Ich hoffe auf meinen strafmildernden Rollstuhl

Ich hoffe nicht nur auf die solidarischen UnterstützerInnen

Ich weiß was ich will und dabei bleib ich

Ich bin kein Kamikaze

Das WIR existiert bei mir im kleinen übersichtlichen persönlichen Rahmen

Ich laß mich gern von anderen Sichtweisen überzeugen

Sobald Anklage erhoben wird, melde ich mich!!!

PS: Wie in den letzten 12 Jahren die ca. 100 000 DM Beschlag-
nahmungs- und sonstige Verfahrenskosten werde ich wohl auch
in Zukunft entsprechende "Spesen" meiner politischen Arbeit
auch mit ihr finanzieren können!

☎ 6127491 · Fax 6115021
Manteuffelstr. 99 · 1000 Berlin 36
M99 Bücher & Poster

Eine Antwort an die Autonomen Kommunisten

WENN DIE WAHRHEIT KOMPLIZIERT IST, HELFEN EINFACHE LÜGEN NICHT WEITER!

In Zeiten der Krise, der politischen Ohnmacht werden große Teile der Linksradikalen regelmäßig von Bazillus des Verschwörertums, der gegenseitigen Vorwürfe des Verrats und reformistischen Zurückweichens befallen. Es lassen sich zig Beispiele aus der Geschichte der KPD zwischen 1918 und 1933 und später in der Illegalität dafür anführen. Nahezu jede Opposition gegenüber der von der Komintern diktierten "Generallinie" der Parteiführung wurde als 'Verrat', 'Kapitulantentum' oder schlicht als 'Kollaboration mit dem Feind' bewertet. Der Ausschluß aus der Partei war noch die mildeste Form. In der Zeit der Illegalität und der Moskauer Prozesse war dann eher Zwangsarbeitslager oder Liquiditation durch Stalin's Chergen angesagt. In der Ulbricht-Ära der DDR wurde diese Vorgehensweise gegen die innerparteiliche Opposition mit nicht ganz so brutalen Mitteln fortgesetzt. In Westdeutschland haben wir das in den 70er Jahren in den K-Gruppen noch mal miterleben können. Die 'Abweichler' sind nicht im Knast gelandet, etliche aber in den Wahnsinn getrieben worden; die meisten haben sich für Jahre völlig aus der Politik zurückgezogen.
Wenn ich die "Diskussion" in der 'interim' in den letzten Wochen verfolge, sehe ich mit Grausen, daß diese Vergangenheit plötzlich wieder Gegenwart ist. Die Form der "politischen Auseinandersetzung" nimmt Ausmaße an, daß mensch sich fragen muß, wo steht denn nun eigentlich der Feind? In unseren eigenen Reihen, oder dort, wo bis vor kurzem wir ihn noch lokalisiert haben?

Genug der Vorrede, zumal eine Genossin in der letzten 'Interim' auch einiges Wichtiges zu den Ursachen der "merkwürdigen Umgangsformen " unter den Autonomen geschrieben hat. Ich will im Folgenden einige Fragen und Bemerkungen an die 'autonomen Kommunisten' richten und werde mich bemühen, Polemik und Anpisserei rauszulassen. In dem Artikel "Quovadis Autonomia" werden nicht näher bezeichnete Gruppen innerhalb der autonomen Scene bezichtigt "mit den Sozialpartnern", "inBündnissen mit Verbänden, Parteien, Insitutionen ihr Heil (zu) suchen". Als "trauriges Beispiel" wird die Mobilsierung zum Hungerstreik der Gefangenen 1989 angeführt. Dazu habe ich die erste Frage: welche Gruppen von Autonomen meint ihr damit, die auf die "AL, Kirche" geschielt haben? Wie warn denn die Kontroversen im Hungerstreikbüro zwischen Antiimps und etlichen Autonomen um die möglichst größte Breite und auf der anderen Seite möglichst größte Entschlossenheit? Wieso sind viele aus den Initiativen zur Unterstützung des HS rausgegangen? Was haben denn die Verwandtengruppen und die Gefangenen für eine andere Linie als die der Breite zur Durchsetzung der 'humanstischen Forderung' nach Zusammenlegung gehabt?
Wenn ihr dann weiter behauptet, daß diese Gruppen, die auf Bündnisse schielen, überall dort anzutreffen waren, wo es zu harten Konfrontationen mit den Bullen kam, wie am 1.Mai '87, oder am 30.9.88 beim IWF oder beim 1.Mai '89 und durch ihre Megaphone die von euch unterstellte Bullenfunktion übernommen haben und "Geht nach Hause" gebrüllt haben, dann müßt ihr schon mal Roß und Reiter nennen. Weil, das sind schwerwiegende Vorwürfe und sie unterstellen die personelle Identität bei diesen reichlich unterschiedlichen Anlässen. So wie ihr hier argumentiert, setzt ihr eine Verschwörung von nicht näher bestimmten Gruppen in der autonomen Scene in die Welt. Ihr zieht eine Frontenlinie zwischen völlig verschiedenen Ereignissen mit den verschiedensten Gruppenkonstellationen. Um den Bullen nicht mehr Info's zu geben, als sie schon eh haben, dafür nur ein Beispiel. Ich weiß ziemlich genau, wer sich um die Vorbereitung der autonomen Abschlußdemo am 30.9.88 gekümmert hat und worauf sich mensch im Vorfeld zum taktischen Vorgehen gegenüber den Bullen geeinigt hat. Und weiß auch recht genau, wer zu Beginn des HS als Aktivistin im besetzten AL-Büro mitgemacht hat. Das waren zwei völlig unterschiedliche Zusammensetzungen. Diese beiden 'Gruppen' in einen Topf zu schmeißen nur um die These von der Abwiegelfunktion zu belegen, ist einfach politischer Dreck. Und nebenbei, wo wurden denn auf der IWF-Demo die 'Militanten' per Megaphon von der Konfrontation mit den Bullen abgehalten? Etwa vor der Bullenabsperrung an der Urania? Ich fand das damals eine sehr kluge Entscheidung, nicht dort die Konfrontation zu suchen, wo die Bullen am stärksten auffahren, uns in eine Falle locken wollten.
Ähnlich sehe ich das mit Hoyerswerder. Wenn jegliches Zurückweichen vor den Bullen, das mal einen Umwegmachen, das listige Austricksen des oft schwerfälligen Bullenapparats gleich als Verrat an der revolutionären Entschlossenheit eingestuft wird ("Wer hier zurückweicht, weicht vor der Gewalt dieses Systems zurück"),

ist eine produktive Auseinandersetzung über die richtige Strategie und die dafür notwendigen Mittel im Kampf gegen Staat, Bullen und Faschisten nicht mehr möglich. Und gerade das Beispiel der Hoyerswerder-Demo zeigt doch, das die Meinungen über das richtige Vorgehen quer durch alle Reihen ging, es diese zwei Lager nicht gab, sondern mindestens zehn Meinungsspektren vorhanden waren. Im Nachhinein bekomme ich mit, daß bei vielen,trotz der massiven Anmache auf der VV, selbstkritisch über die mangelnde Entschlossenheit nachgedacht wird, aber auch darauf beharrt wird, das wir gegenüber den militärisch stärkeren Bullen nicht auf das Mittel der List, Täuschung usw verzichten können, zumal unsere Kampfformen immer in einem Zusammenhang mit den politischen Inhalten stehen, die wir durchsetzen wollen. In eurem Papier kommt dieser Zusammenhang nicht vor, ihr beißt euch an den Formen fest: Das Revolutionärste ist, dort Militanz als Ausdruck von Entschlossenheit zu zeigen, wo der Staat und die Bullen die Situation bestimmen und nicht wir - wenn das zukünftige Vorgehen der Revolutionäre so aussehen soll, werden wir garantiert nicht mehr, dann wird sich die Zahl der heroischen Niederlagen wie wie Kleve 1986 oder die letzte Mai-Randale von '91 nur erhöhen. Das trägt dann aber bestimmt nicht zur Stärkung der revolutionären Bewegung bei, wenn nur noch ganz bestimmte Formen der politischen Konfrontation mit den Schweinen als die richtigen hingestellt werden.

Eure Anmerkungen zur Illegalität auf der vorletzten Seite finde ich bis auf ein paar kleine Punkte gut. Und es stimmt auch die Feststellung, das einige in der scene so nicht mehr kämpfen wollen, das ist auch mein Eindruck. Sie stellen da einiges in Frage. So schwierig das ist, in der Öffentlichkeit darüber zu labern, aber wo haben wir uns denn schon mal die Mühe gemacht, uns mit diesen Zweifeln an der Revolutionären Perspektive und militanten Strategie solidarisch auseinanderzusetzen. Nicht jede/r, der/die bestimmte Formen der Militanz, des Mackerverhaltens, der Verbalradikalität die oft so wenig mit unserem Alltag übereinstimmt, kritisch hinterfragt, ist sofort eine Reformistin, die den "weg der Kritischen AL-Integration gehen wollen". Ich finde hier seid ihr "denunziatorisch", hier werft ihr mit Scheiße. Warum? Um eure vermeintlich richtige revolutionäre Strategie gegen Kritik zu abzuschotten?

Wir - und damit meine ich beide Lager, die vermeintlichen Reformisten und die vermeintlichen Revolutionäre - müssen schleunigst aus dieser Lagermentalität, diesem Lagerdenken rauskommen. Zum einen, weil die Zuordnung zu diesen Lagern einfach nicht haltbar ist. Mir selbst geht so, das ich mal total gut drauf bin, entschlosen und mutig und ein gutes 'feeling' zu meinen Genossinnen mit denen ich was zusammenmache da ist - und mal finde ich das viel zu kamekazehaft, jetzt die Konfrontation mit den Bullen zu suchen, habe Angst und bin unentschlossen oder nicht so überzeugt von der Sache, ob es uns politisch was bringt. So, zu welchem Lager gehöre ich denn nun?

Zum anderen verhindert dieses neu aufgekommene Lagerdenken,nebst der unterstellten Verschwörung von Reformisten, eine überfällige Aufarbeitung und Diskussion über revolutionäre Strategien. Dazu gehört viel Kritik- und Selbstkritikbewußtsein - und das scheint derzeit unter uns Autonomen völlig unterentwickelt zu sein. Die Debatte, wie können wir mehr werden ohne an Entschlossenheit was aufzugeben, wie können wir Breite gewinnen ohne ins reformistische Fahrwasser abzugleiten - diese für uns politisch lebensnotwendige Diskussion im Kampf gegen die Faschisten und den zunehmenden Rassismus in Europa haben wirnur sehr schwach entwickelt. Die Stärke der autonomen Bewegung war einmal, das viele unterschiedliche Ansätze zur Revolutioniereung unseres (politischen) Alltags nebeneinanderstehen konnten. Und das es in dieser Vielfalt punktuell auch eine Einheit und Entschlossenheit gab. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir in der Zukunft noch ein Faktor im Widerstand gegen das Schweinesystem sein wollen!

Alles Liebe

Ein Autonomer



Eine Tasse Kaffee für Kommunistisch-Atonome

Es lebe die Schlammschlacht! Das Niveau der Diskussion muß noch weiter gesenkt werden! Vielleicht geht das ja sogar...
Um gleich an die Vorbemerkung der kommunistisch-autonomen Gruppe (Interim 31.10.91) anzuknüpfen: Jawoll, hinwegtrampeln über den von euch vertretenen Standpunkt ist angesagt! Und zwar nicht nur aufgrund eurer "polemischen kommentare", sondern gerade wegen des "vertretenen standpunktes". Obwohl euer Text stellenweise so klingt, als seien euch die polemischen Kommentare sehr viel wichtiger als weitergehende Standpunkte.
Was ihr als Standpunkt vertretet, hättet ihr auch in einem Satz sagen können: Die autonome Szene teilt sich zunehmend in zwei Lager, nämlich in ein reformistisches, dessen Absicht es ist, die Revolution zu verraten, und in ein aufrecht-revolutionäres, zu dem ihr euch zählt.
Der Rest besteht aus angeblichen Beispielen und hohlen politischen Phrasen, die normalerweise im Bundestag oder sonstwo von heuchlerischen Politikern gedroschen werden.
Eure Beispiele stimmen hinten und vorne nicht. Ihr kennt die Leute überhaupt nicht, die ihr denunziert und beschimpft, oder aber ihr lügt bewußt. Die "autonomen Reformisten", die ihr entdeckt zu haben glaubt, haben in Wahrheit meistens eine längere und aktivere politisch-militante Praxis als euer Laberverein.
Daß euch offenbar selbst die RAF-Gefangenen zu reformistisch geworden sind, ist ein netter Witz, mehr davon! Vielleicht könnt ihr ja mal den Reformismus der RIM kritisch unter die Lupe nehmen oder Stalins Kungelei mit der SPD.
Wo waren am 1.Mai 87/89 die autonomen "Reformisten", die per Megaphon abgewiegelt haben? Da habt ihr wohl von geträumt.
Und wenn Leute, die sich aktiv an den militanten Sachen beteiligt haben, diese auch noch in Interviews (staun, staun, sogar im Spiegel) erklären können, dann kann das für euch nicht mit rechten Dingen zugehen. Vielleicht, weil ihr selbst dazu nichts zu sagen habt (außer Anpissereien gegen die, die neben euch kurz vorher auf der Straße gestanden haben - falls ihr da überhaupt dabei wart).
Ihr wißt genau, daß es in Hoyerswerda (nicht Hoyerwerder) überhaupt nicht darum ging, ob es richtig ist, Bullen an sich anzugreifen, sondern darum, wo es aus taktischen Gründen, z.B. aufgrund von Kräfteverhältnissen, angesagt ist. Aber sowas wie Taktik kennt ihr ja nicht - komisch eigentlich, wo ihr euch doch "kommunistisch" nennt, und es doch stets ein Bestandteil kommunistischer Politik war, Taktik zu entwickeln, damit der eigene Anspruch, Avantgarde zu sein für die Massen nicht zu einer Isolierung von denselben führt. Das ist dann vielleicht der "autonome" Bestandteil bei euch: Ihr laßt eure arrogante Besserwisserei offen raus und bemüht euch nicht mal um den Anschein einer ernsthaften Auseinandersezung.
Deshalb habt ihr auch keine Argumente anzubieten, wenn euch jemand sagt, es ging in Hoyerswerda darum, die Demo durch die Stadt durchzusetzen und sich nicht in ner BGS-Falle am Stadtrand festnageln zu lassen - und wenn die Demo mit Verhandlungen durchzusetzen ist, dann wird auch verhandelt, natürlich ohne Kompromisse einzugehen (wie es dann ja auch geschah). Dagegen fällt euch und allen anderen, die sich dazu äußerten, nichts konkretes ein - ihr fangt dann ganz allgemein an, davon zu labern, wie wichtig Antifa ist und wie gemein die Faschos und wie böse die Bullen, als ob wir das nicht alle wüßten, als ob wir es nötig hätten, uns von ein paar Oberschlauen erklären zu lassen, warum wir auf solche Demos gehen.
Wie stellt ihr euch wohl die "gemeinsamen überlegungen" vor mit Leuten, die ihr gleichzeitig denunziert und verleumdet? Vielleicht haben die Leute sowieso gar keinen Bock mehr auf euch. Vielleicht sind sie der Meinung, daß ihr hier bewußte, aktive Spaltungsarbeit betreibt, die nur dem Staat(sschutz) nützt (früher nannten die Kommunisten das "Provokation"). Vielleicht meinen sie auch, daß ihr nur deswegen den Quatsch von den "autonomen Reformisten" erfunden habt, um davon abzulenken, daß ihr selbst keinerlei Perspektive anzubieten habt, nicht mal ansatzweise, sondern nur allgemeines Bla-Bla-Bla und Anpisserein von euch gebt. So, jetzt habt ihr hoffentlich genug Kaffee, damit ihr ausgiebig weiterkotzen könnt und euch darin bequem einrichten könnt.

ohne Parolen (OPA)

Jetzt noch etwas zu den laufenden Diskussionen im Anschluß an die Hoyerswerda Demo. Nachdem jede Woche in mindestens einem Papier ganz heftig abgekotzt wird möchten wir diese Ebene ganz gerne verlassen. Unser Anspruch war es immer ein Diskussionforum zu sein, wo sich verschiedene Papiere auf einander beziehen können. Wir denken, daß eine sachliche argumentative Kritik produktiver für die Diskussion ist, als die Beschreibung der verloren gegangenen Speise bzw. Kaffeereste. Also wundert euch nicht wenn demnächst ähnliche Papiere im Ordner landen.
Die kritischen Anmerkungen zu Res Strehles Buch "Kapital und Krise" haben wir erstmal im Ordner abgelegt, damit die Diskussion anlaufen kann. Wir behalten uns vor zu späterem Zeitpunkt das 40-seitige Papier vielleicht doch noch zu veröffentlichen, wollen es aber erst selbst und diskutieren, da der Umfang der Zeitung im Moment an die Grenze gestoßen ist.
Und zum guten Schluß solidarische Grüße an den ehemaligen Gefangenen Dieter Wurm, der sich am 14.10. aus Moabit frühzeitig verabschiedet hat. Dieter Wurm hat scih letztes Jahr mit mehreren Leserbriefen aus dem Knast an der Diskussion um den HS in Moabit in unserer Zeitung beteiligt. Wir wünschen dir viel Kraft, wo immer du auch bist! Und für viele andere Gefangenge zur Nachahmung empfohlen, denn die Zeit ist wohl noch nie so günstig wie jetzt.

Häftling behauptet: Wurms Flucht war Komplott gegen die Senatorin

Anstaltsleitung angeblich frühzeitig gewarnt / Postkarte vom Bankräuber

Bei der Flucht des Bankräubers Dieter Wurm handele es sich um ein Komplott der Leitung der Justizvollzugsanstalt Moabit gegen Justizsenatorin Limbach, behauptet ein Inhaftierter. Er und zwei andere Häftlinge hätten die Anstaltsleitung bereits am 10. Oktober gewarnt, daß Wurm seinen Ausgang am 14. Oktober zur Flucht nutzen wolle, heißt es in einer Mitteilung des Rechtsanwalts des Inhaftierten. Darauf sei jedoch nicht reagiert worden.

Erst als der Häftling am 25. Oktober einen Brief an die Senatorin richtete, dessen Eingang von der Pressestelle der Senatsjustizverwaltung am Dienstag bestätigt wurde, habe die Leitung der Vollzugsanstalt reagiert: der Mann sei völlig isoliert in eine andere Zelle verlegt worden. Medikamente zur Behandlung eines Magengeschwürs werden ihm vorenthalten, ebenso die Möglichkeit zur Körperpflege. Er habe noch nicht einmal einen Kamm, berichtete der Anwalt des Mannes, der erst am Dienstag zufällig von der Verlegung seines Mandanten erfuhr. Dem Mann sei auch untersagt worden, Kontakt mit seinem Rechtsbeistand aufzunehmen. Mit den beiden anderen Häftlingen, die die Anstaltsleitung vor der Flucht Wurms warnten, sei ebenso verfahren worden, sagte der Rechtsanwalt. Die Verlegung des Mannes habe nichts mit der Flucht von Wurm zu tun, erklärte dagegen die Sprecherin der Justizverwaltung, Fölster.

Die geplante Flucht von Wurm, der, wie berichtet, wegen Bankraubs verurteilt worden war und noch bis 1998 einzusitzen hatte, sei in der Justizvollzugsanstalt „ein offenes Geheimnis" gewesen, berichtete der Häftling. Wurm habe vor dem Ausgang seine gesamten persönlichen Gegenstände veräußert.

Die Anstaltsleitung habe „keinerlei Anhaltspunkte für ein Entweichen" von Wurm gehabt, sagte am Dienstag Justizsprecherin Fölster: „Insbesondere ist überhaupt nichts bekannt von einem Schreiben des Strafgefangenen an die Anstaltsleitung." Es gebe auch keinerlei Anhaltspunkte für ein Komplott der politischen Gegner von Jutta Limbach gegen die Senatorin.

Dieter Wurm hat inzwischen einem Mitgefangenen eine Postkarte aus Luxemburg geschickt. Die Ansichtskarte zeigt zwar Motive Nordrhein-Westfalens und ist mit einer deutschen Briefmarke versehen, wurde aber in Luxemburg abgestempelt. Die Handschrift wurde als die von Wurm identifiziert, sagte ein Kripobeamter. Auf der Karte äußert Wurm Verwunderung über das „Theater", das seinetwegen gemacht werde und schreibt: „Die spinnen, die Justizer." Wurm kündigt an, er werde nun nach Holland gehen. Der Mann hat offenbar eine Vorliebe für die Benelux-Staaten: Bereits 1983 war er nach einem Banküberfall nach Belgien geflüchtet. weso

Inhaltsangabe

Ordnerliste: Kritik an Res Strehle

Rassismus Gegenreden Mitreagieren
Gedicht
Dimitroff und die Denkmalschützer
Aufruf Demo 9. Nov.
Weitere Informationen zur Anti-Fa-Demo in Halle am 9.11.
Entlastungs(straßen)fest in Tiergarten

diskussionsbeitrag zum artikel "die autonomen machen keine fehler, sie sind der fehler" in der interim nr. 166

"es ist ein einschnitt überhaupt, wo wir sind, und alle, die sich als linke begreifen, müssen jetzt rauskommen mit ihren gedanken und ihren herzen; das ist es doch, was die linke rückentwicklung in den 70er jahren als wesentliches geschafft hat und geschaffen hat; den engherzigen, auf sich selber sitzenden scenemenschen, der schon gar nicht mehr weiß, wie das ist: "zu denken und zu sprechen und zu handeln wagen".
aus einem brief der raf- gefangenen brigitte mohnhaupt vom letzten jahr

es ist sehr zu begrüßen, wenn menschen rauskommen, mit ihren gedanken und herzen, die lange jahre die scene eher als schutz- bzw. freiraum vor den unbillen des kapitalistischen metropolenalltags denn als kampfterrain begriffen haben. so kapiere ich auch das schreiben von heinz schenk.
allerdings fällt auf, wie stark es die halbheiten des von ihm so kritisierten scenemilieus reproduziert. die kritik am status quo autonomer praxis erschöpft sich im wesentlichen in einer zustandsbeschreibung nebst oberflächlicher kritik. eine analytische aufarbeitung unterbleibt.
die genossInnen der papiere "ich sag wie 's ist" aus hamburg oder die autorInnen der broschüre " beitrag für die debatte in der revolutionären bewegung europas", die sich als "kommunistische brigaden" bezeichnen, haben über die reine zustandsbeschreibung hinaus zumindest ansätze einer analyse geliefert.
so haben sie nicht nur den subjektivismus der scene konstatiert, sondern auch erklärungsansätze dafür geliefert, indem sie den klassenstandpunkt der überwiegenden teils der autonomen bewegung herangezogen haben. dabei sind sie zu der gewiss nicht überraschenden feststellung gekommen, daß dieser sich im kleinbürgerlichen (nicht als schimpfwort sondern als analytischer begriff!) milieu befindet. da das kleinbürgerInnentum von selbst keine revolutionären veränderungen machen kann, weil revolution eben mehr mit der realen ökonomischen stellung einer klasse als mit dem subjektiven wollen zu tun hat, findet es seinen ausweg, wenn es denn den anspruch hat, weltverändernd zu sein, im voluntaristischen wollen.
es ist die wurzel des vielgeschmähten subjektivismus, die die autonome scene übrigens mit diversen kleinbürgerlich/revolutionären strömungen im laufe der geschichte teilte. auch das starren auf die repression, das oft blinde bekämpfen von bullen hat seine gründe in der klassenlage der meisten autonomen. da sie sich meistens der ökonomischen ausbeutung entziehen können, sehen sie nicht die gewalt, die im produktionsprozess verborgen liegt, sondern im staat, den sie wiederum nicht als ausdruck bestimmter kapitalverhältnisse begreifen, sondern oft die erscheinungsformen mit seinen wesen verwechseln. genaueres haben dazu schon die gefangenen genossInnen aus der spanischen guerillaorganisation grapo geschrieben (es ist als 2. linienpapier bekannt geworden.), ebenso gibt es ein gutes papier der belgischen guerillaorganisation cce.
das diese ganzen zusammenhänge - obwohl, wie aufgeführt, schon lange diskutiert (das papier der grapogefangenen ist von 1987!) im papier von heinz schenk nicht auftauchen, reduziert das papier leider auf eines jener vielen individuellen "austrittserklärungen", die mit neuanfängen bzw. neuen perspektiven verwechselt werden. diese individuellen akte sind nur der epilog auf die individualisierte praxis autonomer politik.
so vereinzelt wie die politik ist auch der abschied. es ist positiv anzumerken, daß h. schenk diesen austritt nicht still und heimlich vollzieht, wie die meisten, sondern daß eine diskussion darum möglich ist.
wie sehr der subjektivismus und das freiraumdenken, noch die feder führten, zeigt die passage, in der er beklagt, daß menschen aus autonomen zusammenhängen sich mit den gleichen problemen herumschlagen, wie der großteil der menschen, die den metropolenalltag nur mit drogen, alkohol, etc. aushalten oder in der klapse bzw. im selbstmord enden.
das sind bedingungen im metropolenalltag. eine scene will oft ein schutz davor sein, eine insel im metropolenalltag. das ist ausdruck der freiraumpolitik - aber es gibt kein wahres leben im falschen.
die genossInnen von den kommunistischen brigaden schreiben dazu: "die anforderungen an menschen, denen es um eine revolutionäre perspektive geht, sind eben etwas grundsätzlich anderes als die diversen vorstellungen vom selbstbestimmten leben in herbeigelogenen imaginären freiräumen".
h. schenk beklagt zwar, daß die illusion nicht realität ist. es verüben auch menschen aus autonomen zusammenhängen selbstmord. aber er erkennt nicht das illusionäre an der vorstellung vom befreiten raum, er sucht zusammenhänge, wo menschen diese freiräume haben, statt kollektive zu gründen, die die ursachen dieser erscheinungen bekämpfen, die kapitalistische metropolenrealität.
der verweis auf die autonomen studies/bolschewiki aus freiburg ist auch unverständlich. mögen ihre broschüren nach ihrem erscheinen noch als erfrischender diskussionsstoff erschienen sein, so zeigt ihre praxis heute, daß sie ein haufen zynikerInnen geworden sind, die den imperialismus als bedingung brauchen, um ihn erforschen zu können. denn diese menschen haben mit anderen das radio dreyeckland besetzt, um zu verhindern, daß

antizionistische propaganda" über den sender geht. damit stehen sie auf seiten jener imperialistischen 'linken', die die verbrechen des deutschen faschismus auf den rücken der palästinenserInnen austragen wollen.
nach dieser praxis sollte mensch vorsichtiger sein, mit schriften aus jener ecke. oder soll der grundsatz, daß theorie und praxis eine einheit bilden sollen über bord geschmissen werden und wenn ja, warum?
als letztes vermissen wir im papier von h. schenk jeglichen bezug auf einen internationalistischen ansatz. ein rumwühlen im eigenen sumpf ist für revolutionärInnen immer falsch. aber zu einer zeit, in der der imperialismus nach der zerschlagung der nominalsozialistischen staaten dazu übergeht überall auf der welt den funken der befreiung zu ersticken ist es unentschuldbar.
die kämpfenden menschen weltweit sind mit einer neuformierten großmacht westeuropa konfrontiert mit deutschland als einer führungsmacht.
wir leben und kämpfen also jetzt im herzen der bestie.
die genossInnen aus raf und widerstand in den knästen schrieben kürzlich in einer grußadresse an eine demonstration in den usa :"wir werden niemals unsere internationalistische geschichte loslassen! aus dem internationalismus ist hier bei uns und überall in westeuropa in den 60er jahren der aufbruch gekommen. er ist teil von uns. wir kämpfen um eine vertiefung dieses verhältnisses , damit wir uns in dieser umbruchphase gegenseitig die kraft geben, unsere ziele durchzusetzen".
diese internationalistische haltung ist die grundlage jeder raf politik in den kapitalistischen metropolen.
die sterilen theoriediskussionen der metropolenlinken bekommen oft einen hauch von jammern und klagen. dagegen steht die klare sprache und handlung der kämpfenden menschen weltweit. ein beispiel sind aktionen der türkischen revolutionärInnen, die dem faschistischen staat in den letzten monaten viele schläge versetzten. auch die massaker des staates an den genossInnen kann sie nicht stoppen. ein stück von der kraft und dem optimismus dieser genossInnen war spürbar, beim konzert der revolutionären türkischen musikgruppe "yorum" neulich in der tu-berlin. das ist nur ein beispiel. wir könnten die kurdischen, die nicaraguanischen, die peruanischen usw. usw. genossInnen nennen. nicht zu vergessen, die kubanischen genossInnen. sie alle kämpfen dafür, daß in den jahren der schweine, der konterrevolution, eine neue bresche geschlagen wird, dazu brauchen sie unsere theoretische und praktische hilfe.
wenn du, heinz schenk davon teil sein willst, muß das ja auch in deinem papier deutlich werden.
zum schluß grüßen wir alle revolutionären gefangenen, die nicht aufgeben, auch wenn von draußen so wenig Unterstützung kommt.
besonders grüße, den französischen 'ad-gefangenen die in...

27 Staaten und ein Gedanke: Illegale Einwanderer stoppen

Im Berliner Reichstagsgebäude probte die Festung Europa die Abschottung

BERLIN, 31.Oktober

Es ist erklärte Politik der EG-Staaten und derjenigen, die sich mit ihr assoziieren möchten, die Außenpolitik, insbesondere die Fremdenpolitik zu harmonisieren. Und dazu hat man in Berlin einige Vereinbarungen getroffen, die für sich selbst reden: „mobile Einsatzkräfte" an den Grenzen in „lageangepaßter Stärke", „gründliche Kontrollen" an neuralgischen Lokalitäten wie Häfen, Flughäfen und Grenzwegen. Auch ein „gemeinsames taktisches Konzept zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität" wird von den Unterzeichnern avisiert. Letzteres Unterfangen wird noch in einer Sonderarbeitsgruppe zu konkretisieren sein. In bilateralen Gesprächen vor der Berliner Konferenz hatten die jeweiligen Experten auch hier bereits sicheres Terrain für gemeinsame Lösungen sondiert.

Höchst heikel klang an jenem historischen Ort, wo Kreuze beharrlich auf die früher real existierende Todeszone verweisen, der Beschluß von „Maßnahmen" wie „gegenseitige Hilfe beim Ausbau der Infrastruktur der Grenzsicherung", die auch eine „Schwerpunktverteilung des Grenzpersonals auf der Basis aktueller Lagebilder" enthalten soll. Ein technokratisches Vokabular offenbart sich, das nicht nur Beobachter aus der früheren DDR, sondern auch solche aus den USA zur besorgten Nachfrage animierte, wie gewaltig das akute Bedrohungspotential dieser Schlepperorganisationen sei, daß solche doch nicht unbedeutenden Personal- wie Technologietransfers in die nationalen Peripherien vonnöten seien. Da mußte selbst der doch so entschieden argumentierende Innenminister, der sich als einziger auf dem Podium mit Namensschildchen präsentieren durfte, passen. Die Frage des Korrespondenten der „New York Times", wie umfangreich diese Schlepperorganisationen seien und was über deren Taktik in Erfahrung gebracht sei, stiftete bei Schäuble wie auch bei seinen recht müde bis desinteressiert wirkenden Amtskollegen aus Italien, Österreich und Ungarn Verwirrung. Da half auch kein betriebsames Kramen in den Unterlagen und Papieren, nichts: man wußte zu dieser doch anspruchslosen Frage, die nicht wenige für eine zentrale halten, keine Antwort.

Mit einer Zahl konnte Schäuble hingegen sehr wohl aufwarten. Auf die Frage, wie viele illegale Einwanderungen die Bundesrepublik im vergangenen Monat hat hinnehmen müssen, nannte er den verblüfften Zuhörern die glatte Summe von 28 000. Aber Schäuble mußte der Korrektheit halber richtigstellen, daß diese Zahl sich auf registrierte Asylbewerber bezieht. Und die gelten hierzulande nicht zwangsläufig als illegale Einwanderer, die über kriminelle Schlepperorganisationen ins Land kommen – jedenfalls noch nicht.

2.1.1.3 "Revolutionäre Zellen" (RZ)

2.1.1.3.1 Entstehung

Die "Revolutionären Zellen" (RZ) bildeten sich Anfang der siebziger Jahre nach der "Roten Armee Fraktion" (RAF) und neben der heute nicht mehr existenten "Bewegung 2. Juni" als dritte eigenständige und unabhängige Gruppe im Bereich des deutschen linksextremistisch motivierten Terrorismus. Die RZ knüpften an die Tradition der Berliner "umherschweifenden Haschrebellen" an. Wie für die "Bewegung 2. Juni" war auch für die RZ die Debatte in der militanten linken Szene über Strategie und Taktik der RAF konstitutiv. Kritiker der terroristischen Praxis der RAF vertraten die Position, daß nur solche Angriffe auf die bestehende Gesellschafts- und Verfassungsordnung durchgeführt werden dürften, die potentiellen Sympathisanten "vermittelbar" seien und deshalb einem möglichst großen relevanten Personenkreis eine Identifikation ermöglichten. Dem "bewaffneten Kampf", wie ihn die RAF aus der "Illegalität" führt, sprechen die RZ in aller Regel jegliche "Effizienz" ab. Die Weiterführung des RZ-Konzepts war dann die Losung *Bildet viele RZ*.

2.1.1.3.2 Grundlagen, Ziele, Strukturen

Die theoretischen Grundlagen der RZ, die ihr ideologisches Selbstverständnis und ihre Aktionsformen u.a. in ihrer Zeitschrift "Revolutionärer Zorn" vermitteln, unterscheiden sich nur unwesentlich von denen der RAF. Anders als die Kommandoebene der RAF agieren die Kleingruppen der RZ nicht aus dem Untergrund, sondern verlassen ihren normalen Lebensrhythmus nur zur Durchführung von Aktionen ("Feierabendterrorismus"). Die schriftliche Begründung der Anschläge in Selbstbezichtigungen, mit denen die angeblichen politischen Zusammenhänge der Tat erläutert werden, bilden einen unverzichtbaren Bestandteil der RZ-Aktionen.

Im allgemeinen besteht die Taktik der RZ darin, mit möglichst geringem Einsatz und Risiko möglichst großen Sachschaden anzurichten. Dieser schadet nach dem Kalkül der RZ den betroffenen Einrichtungen mehr als der Ausfall von Führungspersonen. Ihre Attentate haben deshalb - anders als die "militärischen Angriffe" des Kommandobereichs der RAF - nicht unmittelbar den Mord am Menschen zum Ziel.

Aus dem Gebot der "Vermittelbarkeit" ihrer terroristischen Aktionen folgern die thematischen Anknüpfungspunkte der RZ. Sie greifen auch in der breiten Öffentlichkeit diskutierte Themen wie Stadtsanierung, Ausbeutung der Dritten Welt, Volkszählung, Ausländer- und Asylproblematik und Bio- bzw. Gentechnologie auf.

2.1.1.3.3 Anschläge in Berlin

- **"Revolutionäre Zellen"**

In Berlin (West) begannen die RZ ihre Anschlagstätigkeit am 17. November 1973 mit einem Sprengstoffanschlag auf ein Bürohaus der Firma ITT-Schaub Lorenz im Bezirk Charlottenburg.

Im September 1986 setzte eine Phase verstärkter Anschlagstätigkeit in Berlin (West) ein. Mehrere Brandanschläge und "Bestrafungsaktionen" (Knieschüsse) der RZ richteten sich gegen Einrichtungen und Verantwortliche der Berliner Asyl- und Ausländerpolitik.

Bis Ende 1990 gab es keine den RZ zuzurechenden Anschläge in Berlin (West) mehr, doch ist zu befürchten, daß RZ auch in Berlin ihre Anschlagstätigkeit wieder aufnehmen werden.

- **"Rote Zora"**

Die autonome Frauengruppe der RZ "Rote Zora", deren Anschläge sich bevorzugt gegen die *imperialistische Frauenunterdrückung hier und in der Dritten Welt* richtet, wurde in Berlin (West) bisher lediglich einmal, am 18. Oktober 1986, mit einem versuchten Sprengstoffanschlag auf das Institut für gentechnische Forschung Berlin GmbH im Bezirk Zehlendorf aktiv.

Resonanz-RZ

Parallel zu den Brand- und Sprengstoffanschlägen der Revolutionären Zellen gab es in den letzten Jahren auch in Berlin Anschläge von "Resonanz-" oder "Nachahmer-RZ". Seit 1979 waren entsprechend der Forderung der RZ, *schafft viele revolutionäre Zellen*, im gesamten damaligen Bundesgebiet Gruppierungen entstanden, die nach dem Vorbild der RZ Aktionen durchführten, ihre Tatausführungen jedoch einfacher gestalteten und in Selbstbezichtigungen nicht so argumentativ und umfassend erläuterten, wie es von den originären RZ bekannt ist. Eine für das Selbstverständnis derartiger Resonanz-RZ wie auch der sich am RZ-Konzept orientierenden autonomen Gruppen aufschlußreiche Diskussion entwickelte sich Ende 1989/Anfang 1990 in dem autonomen Szene-Blatt "INTERIM" (vgl. 2.1.5).

Im Jahre 1990 waren die folgenden Anschläge in Berlin Resonanz-RZ zuzuordnen:

Am 27. April 1990 richtete sich der Anschlag einer Revolutionären Zelle in Berlin (West) gegen das Möbelhaus "Wohnen 2001" im Bezirk Schöneberg. Der hohen Sachschaden verursachende Brandanschlag wurde mit der auf den *nationalen Taumel der Hauptstadt- und Olympia-Euphorie* folgenden *Zerstörung sozialer Milieus und deren Verdrängung in die Randgebiete* begründet.

In der Nacht zum 8. Juli 1990 ereignete sich der erste Brandanschlag einer RZ in Berlin (Ost), als unbekannte Täter einen Container der Deutschen Bank im Bezirk Prenzlauer Berg in Brand setzten und eine Selbstbezichtigung zurückließen, in der sie die Deutsche Bank als *Urheber des Imperialismus* bezeichneten. Auf einen Container der Dresdner Bank in Berlin (Ost) wurde darüber hinaus am 26. September 1990 ein Brandanschlag verübt, für den "revolutionäre Flammen" verantwortlich zeichneten. Die Täter erläuterten dazu, daß sie sich zwar als RZ verstünden, aber ihren Namen geändert hätten, um *Irreführung oder Verwechslung* zu unterbinden.

Ziel weiterer Brandanschläge waren am 19. November 1990 die Firmen "Möbel Hübner" und "Lichthaus Mösch am Tauentzien" im Bezirk Schöneberg. In einem Selbstbezichtigungsschreiben einer "Revolutionären Zelle" übernahmen die Verfasser *gemäß der Kreuzberger Linie*, d.h. im Rahmen des Kampfes gegen eine angebliche Neuaktivierung des Bezirks durch Politik und Kapital, die Verantwortung für beide Anschläge auf die teuren *Konsumtempel*.

2.1.1.3.4 Ausblick

Die Aufklärung von Aktionen der RZ bereitet beinahe noch größere Schwierigkeiten als die von RAF-Anschlägen, weil die den RZ eigene Strategie des "Feierabendterrorismus", die organisatorische Struktur selbständig operierender Zellen mit jeweils nur wenigen Mitgliedern und die thematische Breite der RZ, die Aktionen gegen eine Vielzahl von Sachobjekten mit angeblicher Symbolfunktion vielen Sympathisanten plausibel macht, eine Eingrenzung des möglichen Täterbereichs außerordentlich erschwert. Dies erklärte sich auch daraus, daß die Aktivitäten der RZ offensichtlich weit mehr positive Resonanz als die der RAF im allgemeinen und unter Autonomen im besonderen finden. Mehr als die terroristischen Aktivitäten der RZ ist ihre Vorbildfunktion für ähnliche Aktionen anderer zur Gewaltausübung bereiter Gruppen und Personen zu fürchten. Insbesondere militante Autonome orientieren sich - offenbar häufig - am Handlungsmuster der RZ. Denjenigen, die einen Zusammenschluß nach dem Muster der RZ bilden wollen, bietet der "Feierabendterrorismus" der RZ günstigere Bedingungen als die Ideologie der RAF, die ein Abtauchen in die Illegalität beinhaltet.

Die Anschläge "Revolutionärer Zellen" bzw. von Resonanz-RZ gegen "Wohnen 2001" und eine Bank im Ostteil der Stadt belegten im Jahr 1990, daß die RZ in viel stärkerem Maße als die RAF in der Lage sind, ohne große Vorbereitungszeiten aktuelle Themen in ihre Anschlagstätigkeiten einzubeziehen und sich neuen Gegebenheiten anpassen.

Gegenwärtig ist von mehreren in der Stadt existierenden RZ bzw. Resonanz-RZ auszugehen. Mit weiteren RZ-Anschlägen insbesondere zu aktuellen Themen, wie "Großdeutschland" und zu den sozialen Problemen im Ostteil der Stadt und in den neuen Bundesländern, ist zu rechnen.

5.1. Linksextremismus/Gewaltpotential

02.01.1990 "Anti-Räumungs-Party" im Hause Lübbener Straße 27 im Bezirk Kreuzberg. Die überwiegend dem politischen Gewaltpotential zuzurechnenden Festteilnehmer bewarfen eintreffende Polizei- und Feuerwehrkräfte u.a. von dem Dach des Hauses gezielt mit Pflastersteinen, Gehwegplatten, Ziegelsteinen und Eisenstangen. Bei einer anschließenden Durchsuchung fand die Polizei Steindepots, Molotow-Cocktails und gefüllte Benzinkanister.

20.01.1990 Blockade einer Shell-Tankstelle im Bezirk Tiergarten im Rahmen der Anti-Shell-Kampagne durch etwa 400 Personen, darunter Autonome und Angehörige des RAF-Umfeldes.

21.01.1990 Gründung der "Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands" (SpAD) durch Vertreter der "Spartakist-Gruppen" und der "Trotzkistischen Liga Deutschlands" (TLD).

16./18.02.1990 Außerordentlicher Parteitag der SEW, auf dem die vom Parteivorstand empfohlene Auflösung der SEW nicht die notwendige Mehrheit erhielt. Wahl eines provisorischen "Geschäftsführenden Ausschusses".

18.02.1990 Sachbeschädigungen an sechs Shell-Tankstellen im Rahmen der Anti-Shell-Kampagne. In einer Selbstbezichtigung bekannten sich "einige Gruppen aus West-Berlin" zu der Tat und bezeichneten sie als "internationale koordinierte Sabotageaktion" mit Parallelaktionen in Italien und in den Niederlanden.

28.02.1990 Brandanschlag auf einen Supermarkt im Bezirk Charlottenburg. Selbstbezichtigungsschreiben einer "Internationalistischen Zelle" an verschiedene Tageszeitungen.

03.03.1990 Demonstration für die Zusammenlegung hungerstreikender Angehöriger der GRAPO in Spanien. Unter den etwa 300 Personen befanden sich neben Autonomen auch Angehörige des Berliner RAF-Umfeldes.

06.03.1990 Brandanschlag auf einen Sex-Shop im Bezirk Charlottenburg. Selbstbezichtigungsschreiben einer bislang unbekannten Gruppierung "Die Furien".

20.04.1990 Krawalle im Bezirk Kreuzberg unter Beteiligung von Autonomen. Anlaß war der gescheiterte Versuch von Teilnehmern eines Spontanaufzuges, in den Ostteil der Stadt zu gelangen um dort Gleichgesinnte zu unterstützen, die nach Angrifffen auf ein besetztes Haus in Kämpfe mit Hooligans und Neonazis verwickelt waren.

22.04.1990 Brandanschlag auf den Pkw eines leitenden Mitarbeiters der "Gewerbesiedlungs-Gesellschaft - GSG". Bekennerschreiben unterzeichnet mit "Dona Camilla und Peppone", in dem der Anschlag u.a. mit der Vertreibung von Teilen der Bevölkerung durch steigende Mieten begründet wird.

27.04.1990 Brandanschlag auf das Möbelgeschäft "Wohnen 2001"., das total zerstört wurde. In der Selbstbezichtigung einer "Revolutionären Zelle" wird der Anschlag mit der dem "nationalen Taumel der Hauptstadt- und Olympia-Euphorie" folgenden "Zerstörung sozialer Milieus und deren Verdrängung in die Randgebiete" begründet. Das Schreiben schließt mit der Parole: *eat the rich!*

28./29.04.1990 Fortsetzung des außerordentlichen SEW-Parteitages. Umbenennung der Partei in "Sozialistische Initiative" (SI). Wahl eines Parteivorstandes und eines vierköpfigen "Sprecherinnenrates".

01.05.1990 "Revolutionäre 1. Mai-Demonstration" im Bezirk Kreuzberg. Vor, während und insbesondere nach dem Aufzug, der u.a. von Autonomen und Angehörigen des RAF-Umfeldes organisiert worden war, kam es z.T. zu erheblichen Krawallen, an denen neben türkischen Jugendlichen bis zu 200 Autonome und andere Gewalttäter beteiligt waren.

07.05.1990 Sprengstoffanschlag auf die Firma Data-Domizil im Bezirk Zehlendorf. Selbstbezichtigungsschreiben einer Gruppe "Autonome ArbeiterInnen Intitiative West-Berlin" (AAI), in dem die Enteignung aller Spekulanten und Hausbesitzer gefordert wird.

24.05.1990 Störung einer Veranstaltung im Rahmen des 90. Deutschen Katholikentages durch etwa 200 Angehörige militanter Frauengruppen, unter ihnen zahlreiche Autonome.

02.06.1990 Tätliche Auseinandersetzungen zwischen Ost-Berliner Hausbesetzern bzw. Autonomen und Skinheads nach einem Skinhead-Überfall auf ein "multinationales Kulturzentrum" im Bezirk Mitte sowie auf besetzte Häuser in der Mainzer Straße im Bezirk Friedrichshain.

09.06.1990 Bundesmitgliederversammlung der "Roten Hilfe e.V." im Mehringhof im Bezirk Kreuzberg mit etwa 50 Teilnehmern aus acht Ortsgruppen.

14.06.1990 Brandanschlag auf Shell-Tanklastzüge, in Berlin-Moabit, von denen einer völlig ausbrannte.

14.06.1990 Störung einer Sondervorstellung des Zirkus Roncalli mit anschließendem Empfang für die Teilnehmer des 7. Internationalen Kaffeekongresses durch etwa 150 Personen, u.a. Autonome und Angehörige des Berliner RAF-Umfeldes, die anschließend den Tagungsort des Kongresses mit Farbbeuteln bewarfen.

23.06.1990 Ausschreitungen nach einer "Antifaschistischen Großdemonstration" im Bezirk Lichtenberg. In der Umgebung des von Neonazis bewohnten Hauses Weitlingstraße 122 griffen etwa 500 militante Autonome und Angehörige des Berliner RAF-Umfeldes, die sich z.T. mit Helmen, Knüppeln, Molotow-Cocktails und Leuchtpistolen ausgerüstet hatten, Volkspolizisten an und setzten dabei u.a. mehrere Polizeifahrzeuge in Brand.

01.07.1990 Sachbeschädigungen von Autonomen im Bezirk Zehlendorf im Anschluß an eine Demonstration gegen Grundstücks- und Mietspekulanten. Etwa 20 in Kleingruppen agierende Demonstranten auf Fahrrädern zerstörten Scheiben an insgesamt 25 Personenkraftwagen.

08.07.1990 Brandanschlag auf einen Repräsentationscontainer der Deutschen Bank im Bezirk Prenzlauer Berg durch eine "Revolutionäre Zelle", die in der Umgebung Handzettel "An die Presse" mit einer kurzen Tatbegründung hinterließ.

14.07.1990 Sachbeschädigung durch etwa 20 vermummte, in Kleingruppen agierende Personen im Bezirk Wilmersdorf. Die Täter beschädigten u.a. Häuser von zwei Immobilienmaklern/-besitzern durch Einschlagen von Fensterscheiben sowie 24 Pkw durch Einschlagen der Scheiben, Zerkratzen des Lacks und Farbschmierereien.

17.08.1990 Inbrandsetzen von zwei auf dem Gelände der Firma "SEAT" im Bezirk Kreuzberg abgestellten Pkw. Selbstbezichtigung mit der Parole *Zusammen kämpfen - Zusammenlegung durchsetzen.*

18.08.1990 Tätlicher Angriff von etwa 35 Autonomen, militanten Antifa-Gruppen-Anhängern und Hausbesetzern aus Ost- und West-Berlin auf einen Informationsstand der Republikaner im Bezirk Lichtenberg. Die Angreifer waren mit Schlagstöcken, Ketten, Messern und Reizgasdosen bewaffnet. 12 mutmaßliche Täter wurden vorübergehend festgenommen und insgesamt 7 Personen verletzt.

26.09.1990 Brandanschlag auf einen Container der Dresdener Bank im Bezirk Pankow. Bekennerschreiben einer bisher unbekannten Gruppe "Die revolutionären Flammen".

01.10.1990 Brandanschläge mit bauartgleichen Brandsätzen auf das Warenhaus Centrum im Bezirk Mitte und das KaDeWe im Bezirk Schöneberg. In beiden Fällen entstand erheblicher Sachschaden.
Die Selbstbezichtigung zu beiden Anschlägen richtet sich gegen die Vereinigung Deutschlands und endet mit *Deutschland, einig, stark und groß - Die Scheiße geht von vorne los!*

02.10.1990 Brandanschlag auf eine Filiale der Berliner Volksbank im Bezirk Kreuzberg. Zwei Tatverdächtige konnten vorläufig festgenommen werden.

2./3.10.1990 Demonstrations-, Veranstaltungs- und Aktionsreihe des linksextremistischen Gewaltpotentials (Autonome, RAF-Anhänger, militante Hausbesetzer, Angehörige militanter Antifa-Gruppen) anläßlich der Vereinigungsfeierlichkeiten. Demonstration *Deutschland halts Maul - Es reicht* mit ca. 10.000 Teilnehmern. Im Anschluß an die Demonstration kam es im Bereich des Alexanderplatzes zu erheblichen Ausschreitungen.

03.10.1990 Brandanschlag auf eine Stromversorgungsanlage im Bezirk Friedrichshain.

4.10.1990 Brandanschlag auf ein Modehaus im Bezirk Prenzlauer Berg. Es entstand Sachschaden von ca. 250.000,-- DM.

06.10.1990 Brandanschlag auf eine Filiale der Dresdner Bank im Bezirk Wilmersdorf. Es entstand ein Sachschaden von ca. 300.000,-- DM.

11.10.1990 Schaufensterzerstörungen an Geschäftsräumen des Reisebüros TUI im Bezirk Charlottenburg. In der am Tatort zurückgelassenen Selbstbezichtigung begründen die Täter die Aktion mit dem angeblichen Sextourismus des Unternehmens. Das Schreiben endet mit *Legen wir den sexistischen und rassistischen Schweinen das Handwerk!* und ist mit *Frauen bildet Banden* unterzeichnet.

13.10.1990 Erste zentrale Mitgliederversammlung der SI beschließt Unterstützung des Wahlkampfs der "Linken Liste/PDS" (bzw. der PDS) bei den Wahlen am 2. Dezember 1990.

18.10.1990 Demonstration *Gegen Kontaktsperre und Isolation* im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages für die Zusammenlegung der Gefangenen von RAF und GRAPO. An der Demonstration nahmen mehr als 400 Personen teil, darunter Autonome und Angehörige des Berliner RAF-Umfeldes.

20.10.1990 Erneuter Brandanschlag auf den Pkw eines AL-Politikers im Bezirk Kreuzberg.

21.10.1990 Brandanschlag auf das Hofka-/Kaiser's- Kaufhaus im Bezirk Friedrichshain. Die Täter zeichneten mit *Revolutionäre Flammen.*

03.11.1990 Demonstrationen unter dem Motto *Der Tod ist ein Meister aus Deutschland - Gegen das Feiern, gegen das Vergessen,* an der sich ca. 5.000 Personen, darunter Angehörige des Berliner RAF-Umfeldes und Autonome, beteiligten. Nach Ende der Veranstaltung randalierten etwa 200 meist vermummte Personen im Bezirk Kreuzberg. Sie griffen Polizeibeamte mit Steinen und Brandsätzen an; vereinzelt schossen sie auch mit Zwillen und Leuchtmunition, stürzten Fahrzeuge um und zündeten sie an.

12.11.1990 Nach Räumung der drei besetzten Häuser Cotheniusstraße 16, Bezirk Prenzlauer Berg, und Pfarrstraße 110 und 112, Bezirk Lichtenberg, wurden im Bereich der Mainzer Straße, Bezirk Friedrichshain, Barrikaden errichtet. Polizeibeamte und -fahrzeuge wurden beim Räumen der Hindernisse massiv mit Pflastersteinen, Dachziegeln, Gehwegplatten und Brandsätzen beworfen sowie mit Leuchtmunition und Katapulten beschossen. Die Krawalle, an denen sich bis zu 500 Personen beteiligten, setzten sich bis in die Morgenstunden fort.

14.11.1990 Räumung von 13 besetzten Häusern in der Mainzer Straße, Bezirk Friedrichshain; es kam zu schwersten Ausschreitungen. 323 Personen wurden vorläufig festgenommen.

14.11.1990 Demonstration unter dem Motto *Hände weg von unseren Häusern*, an der sich ca. 4.000 Personen, darunter Autonome und militante Hausbesetzer, beteiligten. Nach Beendigung des Aufzuges kam es im Bezirk Friedrichshain zu Auseinandersetzungen zwischen ca. 250 Personen und der Polizei.

15.11.1990 Brandanschlag auf einen Kleintransporter der GASAG im Bezirk Charlottenburg, der völlig zerstört wurde. Das Feuer griff auf andere Pkw über.

19.11.1990 Brandanschlag auf die Firma Möbel Hübner im Bezirk Tiergarten, der einen Sachschaden von ca. 500.000,-- DM verursachte. In einem Selbstbezichtigungsschreiben begründeten "Revolutionäre Zellen" den Anschlag mit den Häuserräumungen in der Mainzer Straße und wissen auf einen weiteren Brandsatz im "Lichthaus Mösch" hin. Aufgrund des Selbstbezichtigungsschreibens wurde das Lichthaus am 22. November durchsucht. Es wurde ein Brandsatz gefunden, der nicht zur Zündung gekommen war.

19.11.1990 Brandanschlag auf eine Filiale der Dresdner Bank im Bezirk Charlottenburg. Ein Zusammenhang mit den beiden anderen Brandanschlägen des gleichen Tages ist nicht auszuschließen.

02.12.1990 Wahlen zum 12. Deutschen Bundestag.

Kandidatur der trotzkistischen Organisationen "Bund Sozialistischer Arbeiter" (BSA) - 161 Zweitstimmen (80 West/81 Ost) = 0,0 % -.

"Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation" (ISA) in Gestalt ihrer Tarnorganisation "Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik" (VAA) - 480 Zweitstimmen (192 West/288 Ost) = 0,1 % -.

"Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands" (SpAD) - 200 Zweitstimmen (115 West/85 Ost) = 0,0 % -. Keine Kandidatur zu den gleichzeitig durchgeführten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

06.12.1990 Versuchter Brandanschlag auf das Gebäude einer Wohnungsbaugesellschaft im Bezirk Friedrichshain, die Verwalterin der geräumten Häuser in der Mainzer Straße ist.

08.12.1990 Brandanschlag auf eine in der Mainzer Straße tätige Sanierungsfirma in Berlin-Lichterfelde. In der Selbstbezichtigung eines "Autonomen Bastelvereins für den Erhalt besetzter Häuser" wurde u.a. die Rückgabe aller geräumten Häuser und die Einstellung aller Strafverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen gefordert.

15.12.1990 MLPD-Pressefest aus Anlaß des 20-jährigen Bestehens ihres Zentralorgans "Rote Fahne" mit etwa 1.700 Besuchern in der Dynamo-Sporthalle, Bezirk Hohenschönhausen.

16.12.1990 Zweite zentrale Mitgliederversammlung der SI. Der Parteivorstand wurde beauftragt, für den 9./10. März 1991 einen Parteitag einzuberufen, um über eine Auflösung der SI zu beschließen.

21.12.1990 Versuchter Brandanschlag auf das Kaufhaus Wertheim im Bezirk Charlottenburg. Tatmittelgleichheit mit den Anschlägen am 19.11. auf die Firmen Hübner und Mösch.

Jetzt gemeinsam handeln.

Für eine neue Asyl- und Zuwanderungspolitik – Gegen Ausländerfeindlichkeit

Zu lange hat sich bei der Bewältigung des Asyl- und Zuwanderungsproblems nichts getan. Die Regierung war aufgrund ihrer Zerstrittenheit handlungsunfähig. CDU/CSU beharrten stur auf der Änderung des Grundgesetzes – ohne je zu begründen, warum.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen: Wir brauchen eine neue Asyl- und Zuwanderungspolitik, rasch greifende, unbürokratische und rechtsstaatliche Maßnahmen.

Unser Standpunkt hat sich durchgesetzt.

Bei dem Allparteiengespräch im Kanzleramt am Donnerstag letzter Woche vereinbarten die Teilnehmer eine Beschleunigung der Asylverfahren ohne Grundgesetzänderung. Ein gemeinsamer Gesetzentwurf wird dem Deutschen Bundestag bald vorliegen. Unter anderem wurde vereinbart:

1. Eine drastische Beschleunigung der Verfahren. Für die große Zahl der einfachen Fälle wird innerhalb 6 Wochen nach einem Asylantrag entschieden, ob der Antragsteller bleiben kann oder sofort das Land verlassen muß.

2. Unterbringung der Asylbewerber für die Verfahrenszeit von 6 Wochen in Gemeinschaftsunterkünften. Dadurch reduziert sich die Belastung der Gemeinden drastisch.

3. Die Verwaltungszuständigkeit wird beim Bund konzentriert. Das erspart zeitraubende Doppelarbeit. Das spart auch Geld.

4. Sachleistungen an Asylbewerber haben Vorrang vor Bargeldzahlungen. Damit wird Schlepperorganisationen das Handwerk erschwert.

Wichtig ist: Das individuelle Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte bleibt unangetastet.

CDU/CSU haben versucht, aus der Not und Besorgnis vieler Menschen wahltaktisch Kapital zu schlagen. Dieser unwürdige Streit um das Asylrecht hat genug Schaden angerichtet. Er hat ein Klima mitverursacht, in dem der Terror rechtsradikaler Gruppen sich gegen Ausländer wendet.

Die große Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes verurteilt die Gewalt gegen Ausländerinnen und Ausländer. Diese Mehrheit darf keine schweigende Mehrheit sein. Wir appellieren:

Treten Sie dem Terror entgegen, auch dem verbalen. Verteidigen Sie den guten Ruf Deutschlands gegen dumpfen Fremdenhaß.

Am Freitag letzter Woche hat Innenminister Schäuble mit seiner Erklärung den Eindruck erweckt, als sei es ihm nicht ganz ernst mit den Vereinbarungen vom Donnerstag.

Die SPD bleibt bei ihrem Wort:

Jetzt ist es wichtig, daß alle demokratischen Parteien gemeinsam handeln.

Wer jetzt an den gemeinsam gefundenen Regelungen herummäkelt, der trägt die Verantwortung dafür, daß die Chance für eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung erneut ungenutzt bleibt.



Björn Engholm
Ministerpräsident
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Helmut Schmidt
Bundeskanzler a.D.

Willy Brandt, MdB
Bundeskanzler a.D.
Ehrenvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

aus: FAZ, 16.10.91

EINLADUNG

GEDENKVERANSTALTUNG JULIUS LEBER 1891-1945

15. NOVEMBER 1991
11.00 UHR
BERLIN – PRENZLAUER BERG
GETHSEMANEKIRCHE

Jetzt gemeinsam handeln.

Für eine neue Asyl- und Zuwanderungspolitik – Gegen Ausländer

Zu lange hat sich bei der Bewältigung des Asylanten und Ausländerproblems nichts getan.

Die deutsche Regierung war aufgrund ihrer Zerstrittenheit handlungsunfähig. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen: Wir brauchen eine neue Asylanten und Ausländerpolitik. Rasch greifende undemokratische und zwangsstaatliche Maßnahmen. Unser Standpunkt hat sich durchgesetzt.

Bei dem Allparteiengespräch im Kanzleramt vereinbarten die Teilnehmer eine Verschärfung des Asylrechts.

Als Grundlage diente das Manifest des "Schutzbundes für das deutsche Volk".

Unter anderem wurde vereinbart:

1. Eine drastische Beschleunigung der Verfahren. Dadurch können effektiver und schneller Scheinasylanten abgeschoben werden.

2. Konzentrierung der Asylanten für die Verfahrenszeit von 6 Wochen in Lagern. Dadurch reduziert sich die Belästigung der Bevölkerung drastisch.

3. Die Verwaltungszuständigkeit wird beim Bund konzentriert. Das erspart zeitraubende Doppelarbeit. Das spart auch Geld.

4. Sachleistungen an Asylanten haben Vorrang vor Bargeldzahlungen. Die Sachleistungen sind zu minimieren.

Das Ziel der von uns mitinitiierten Politik zu Europa '92 ist es, die Grenzen für alle Nicht-Westeuropäer zu schließen. Weiterhin erwünscht sind selbstverständlich billige Arbeitskräfte.

Die anderen Parteien haben versucht, aus der Not und Besorgniss vieler Menschen wahltaktisch Kapital zu schlagen. Wir auch. Damit haben wir ein Klima geschaffen, in dem der Terror rechtsradikaler Gruppen sich gegen Ausländer wendet.

Dieser "Terror" hat dem Ansehen Deutschlands im Ausland Schaden zugefügt und eine wirksame Ausländerpolitik verhindert.

Um eine konsequente Asylanten und Ausländerpolitik zu gewährleisten appellieren wir deshalb:

Wer jetzt an den gemeinsam gefundenen Regelungen herummäkelt, der trägt die Verantwortung dafür, daß die Chance für eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung erneut ungenutzt bleibt.

Daher rufen wir auf zur SPD - Demonstration am 9.11. am Reichssportfeld.



Die Fraktion der
im deutschen Bund



Was steht hinter dem Begriff "AusländerInnenfeindlichkeit"?

Die bisherigen Presserklärungen waren überschrieben mit:
"Gegen Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit".
Wir wollen mit diesem Beitrag eine Auseinandersetzung über den Begriff 'AusländerInnenfeindlichkeit' führen. Wir lehnen den Begriff in aller Schärfe ab und wollen das hier kurz begründen.
Durch den Begriff 'AusländerInnenfeindlichkeit' werden unserer Meinung nach rassistische Strukturen, um die es uns hier geht, verschleiert.Wir erachten es als notwendig, rassistische Verhaltensweisen klar zu benennen und nicht durch schwammige Begrifflichkeiten abzuschwächen, oder, wie wir vermuten, durch das Benutzen solcher Begrifflichkeiten eigene rassistische Verhaltensweisen ausblenden zu wollen.
Wir greifen dazu auf eine 1986 in dem Buch "Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein" von Annita Kalpaka und Nora Räthzel veröffentlichte Auseinandersetzung zurück.
Die Autorinnen führen drei Gründe gegen die Verwendung des Begriffs 'AusländerInnenfeindlichkeit' an.
Zum einen gehen sie davon aus, daß "der Begriff 'Ausländerfeindlichkeit' unterstellt, daß alle 'Ausländer' diskriminiert werden." (Kalpaka, Räthzel 1986, S. 32) Sie bemerken jedoch, daß nicht der gleiche Vorbehalt bzw. die gleiche Ablehnung gegen z.B. Engländer, Schweden, Amerikaner existiert wie gegen Türken, Spanier, Griechen, u.a. Ein weißer Schwede muß hier weder in den Institutionen noch auf der Straße mit Diskriminierungen rechnen. Das Wort 'AusländerIn' impliziert eine Einheitlichkeit, die es nicht gibt. Es gibt erwünschte und unerwünschte 'AusländerInnen'.
'AusländerInnenfeindlichkeit' hat den Begriff 'AusländerInnenfreundlichkeit' zum Gegensatz. Als "Ausländerfreund" bezeichnet sich u.a. auch Helmut Kohl. Die Autorinnen fragen sich, wie mit solchen Begrifflichkeiten Beziehungen genannt werden könnten, wenn "'Ausländer' nicht aus Feindlichkeit, sondern aus 'Freundlichkeit' unterdrückt werden. (paternalistische Verhaltensweisen in Arbeiter- und Frauenbewegung z.B.)?" (s.o.)
Ein weiteres Argument gegen die Verwendung des Begriffs 'AusländerInnenfeindlichkeit' ist, daß dieser wenig über den Mechanismus aussagt,"durch den 'Ausländer' aus der Gesellschaft ausgeschlossen, an den Rand gedrängt werden". (s.o.)
Durch die Verwendung dieses Begriffes wird z. B. vom strukturellen Rassismus abgelenkt und institutioneller und individueller Rassismus auf individuell rassistische Gewaltakte reduziert.
Mit den Autorinnrn plädieren wir für die Verwendung des Begriffs Rassismus, weil er die Mechanismen der institutionellen, gesellschaftlichen und individuellen Diskriminierungen von Schwarzen im politischen Sinne (verkürzt) am ehesten faßt.
Die Schwammigkeit, bzw. der politische Hintergrund des Begriffs 'AusländerInnenfeindlichkeit' wird nun schon seit einiger Zeit diskutiert. Es ist offensichtlich, daß durch die Verwendung des Begriffs in keinster Weise rassistisches Verhalten benannt wird und benannt werden soll. Denn dieser auch in der liberalen und rechten Presse verwandte Begriff lenkt vom Eigentlichen, dem Rassismus, ab.
Wir müssen uns fragen, warum wir diesen Begriff immer wieder benutzen und damit die herrschende Logik weitertragen?! Glauben wir etwa, "AusländerInnenfreundInnen" zu sein?
Paternalistische 'AusländerInnenfreundlichkeit' ist ebenso rassistisch, nämlich dann, wenn z. B. "AusländerInnen" zum Opfer stilisiert werden und ihnen aus dieser Position heraus ein Bonus eingeräumt wird.
Der Kampf gegen Rassimus kann nur geführt werden, wenn eigene rassistische Denk- und Verhaltensstrukturen erkannt und hinterfragt werden!

Literatur: Annita Kalpaka, Nora Räthzel (Hrsg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Express Edition. Berlin 1986

Anmerkung: Die Zitate sind originalgetreu übernommen. Das -Innen fehlt im Original.

(die Gruppe, die noch keinen Namen hat)

TERMINE !

Do. 7.11. 21.00 Film "Die brauen Horden dürfen nie wieder maschieren" im Info-Laden DANEBEN Rigaer Str. 84

Fr. 8.11. 22.00 Konzert gegen den Krieg in Jugoslawien im Cafe SUBVERSIV, Brunnenstr. 6/7 **Solikonzert**

Sa. 9.11. Prozeßkostenfete in der KVU zu den Prozessen "Räumung der Mainzer Str." **Solikonzert**

Di. 12.11. Film "Dieselben Hunde, nur mit anderen Halsbändern" (Euskadi-Video) Infoladen DANEBEN

Do. 14.11. Film "Das schwarze Orchester" Infoladen DANEBEN jeweils um 21.00

BW-Kaserne Treptower Park erstes Gelöbniß in Berlin (Uhrzeit ?)

11.-17.11 Antifa-Aktionstage Göttingen
16.11. 18.00 Demo bis zur Todesstelle anschließend Mahnwache bis 17.11

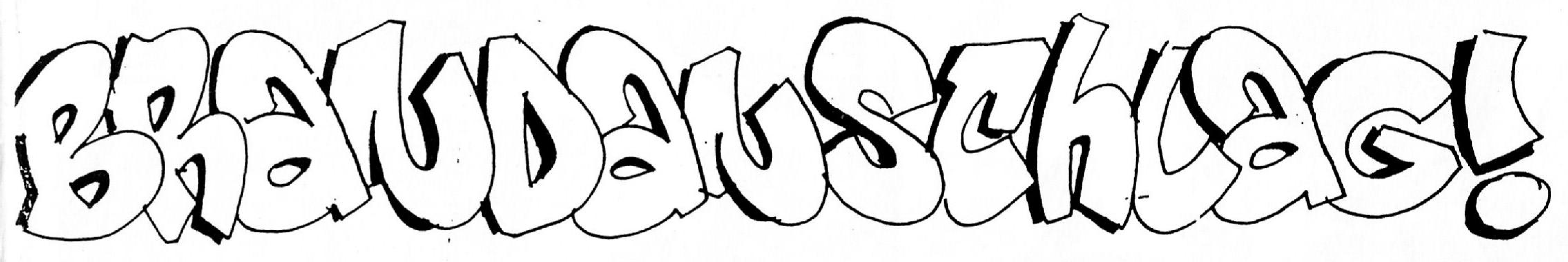
6.-29.11., Mi, Do, Fr, 20.00 KINO in der TU, Math. Geb. "Ein Traum wurde wahr"

Sinti und Roma Ausstellung in der Galerie Olga Benario 14-18.00 Weserstr. 5

Do. 07.11. Informationsveranstaltung zum Widerstand der Roma, zur Lebenssituation im jugoslawischen Romaviertel Shutka und über das sogenannte „Reintegrationsprojekt" nach Skopje/Jugoslawien

Mo. 11.11. Filme „Zigeuner sein" (47 min) und „Verfolgt und Vergessen" (62 min)

Do. 14.11. Die sogenannte Widergutmachung Film „Das falsche Wort" (85 min) anschließend Diskussion mit den Historikerinnen Susanne Willems (Bochum) und Anne von Törne (Berlin)



Ort: Burcu Dügün Salonu
Oranienstr. 40-41
1/31

Adalbertstr.80

36

Zeit: Am 13.11. um 17.00

Eintritt 4,-

SOLIDARITÄTSFEST

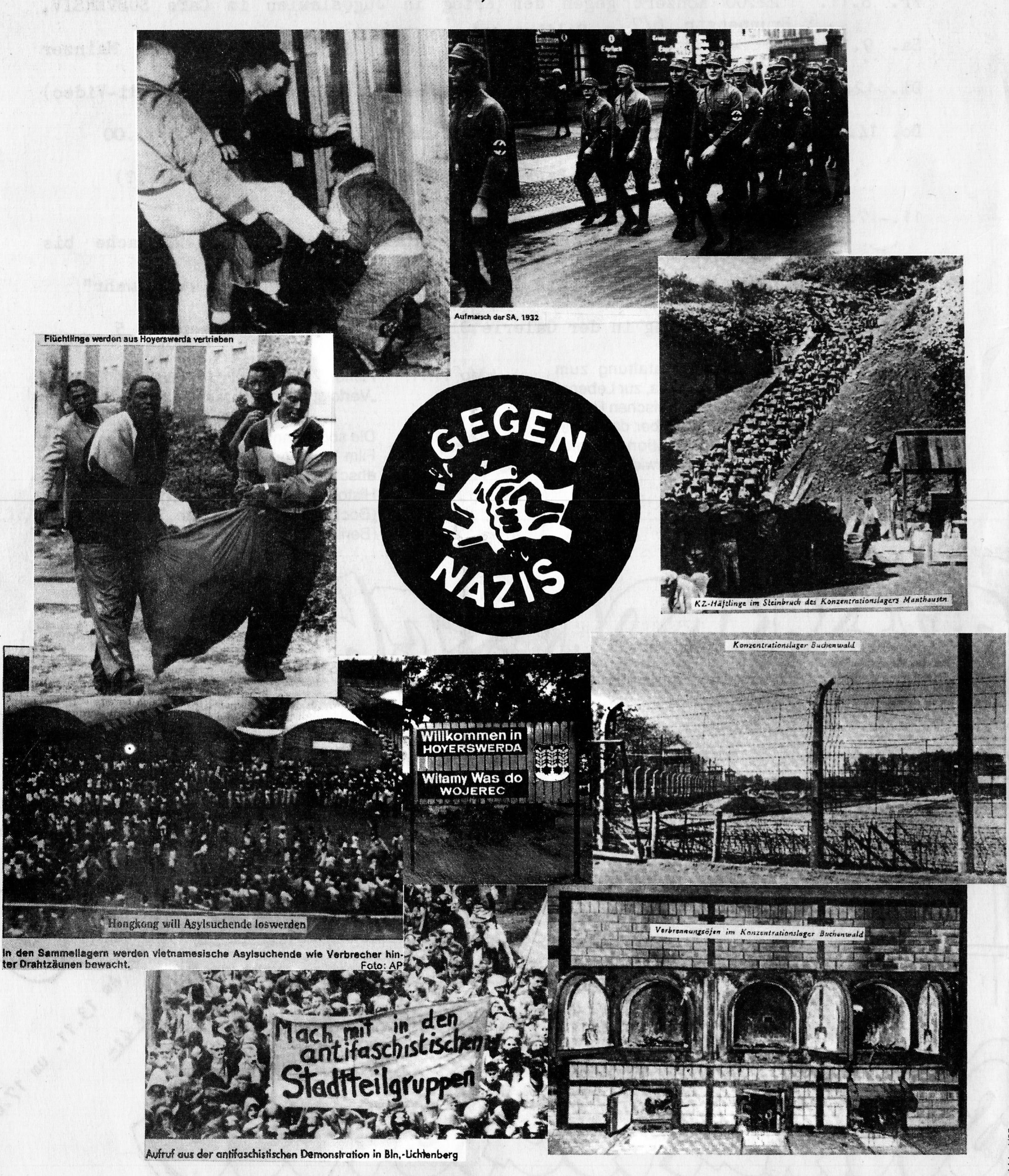
Es treten auf:

Rhymeguns 36
4 City Angels
(Hip-Hop)

Gettosisters
Grup Vurgun
Köşkerler 3'lüsü
(Türk. Musik)

ANTIFA - DEMO

KEIN VERGEBEN, KEIN VERGESSEN!



Flüchtlinge werden aus Hoyerswerda vertrieben

Aufmarsch der SA, 1932

KZ-Häftlinge im Steinbruch des Konzentrationslagers Mauthausen

Konzentrationslager Buchenwald

Hongkong will Asylsuchende loswerden

In den Sammellagern werden vietnamesische Asylsuchende wie Verbrecher hinter Drahtzäunen bewacht. Foto: AP

Verbrennungsöfen im Konzentrationslager Buchenwald

Aufruf aus der antifaschistischen Demonstration in Bln.-Lichtenberg

Weg mit den AusländerInnengesetzen!
BLEIBERECHT FÜR ALLE!

Keine Sammellager! Keine Pogrome!
Schaut nicht länger weg! Greift ein!

Samstag, 9.11.91, **Wedding: 10.30 Uhr, U-Bhf Leopoldplatz**

Treffpunkte: **Moabit: 11.00 Uhr, U-Bhf. Turmstr. (Hertie)**

ViSdP Karl Friedrich, Müllerstr. 111, 1/65